

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: E. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 18. April 1931

35. Jahrgang

Nummer 16

Schwere Kämpfe in Sicht!

Unternehmerattacke gegen Manteltarif und Sozialpolitik

Die Lohnabbauwelle ist noch nicht beendet und schon schwingen die Unternehmer neue soziale Brandfackeln. Sowohl die Kohlenkönige wie auch die Eisenherren im westdeutschen Industriegebiet haben für Ende Mai die Manteltarife für 500 000 Arbeiter gekündigt. In dem gleichen Gebiet, wo die Lohnabbauwelle ihren Anfang nahm, machen sich demnach neue Anzeichen für eine Unternehmeroffensive bemerkbar. Gleichzeitig sind die Unternehmerverbände um eine „Reform“ der Unfallversicherung bemüht. Die Sanierung der Invaliden- und Arbeitslosenversicherung steht noch aus. Das ganze Gebäude der Sozialversicherung ist infolge der ungeheuren Belastungen durch die Wirtschaftsnote ins Wanken geraten. Der Ansturm der Unternehmer und der jetzige Regierungskurs erfordern daher größte Wachsamkeit und Aktivität.

Soweit der Ansturm der westdeutschen Unternehmer gegen den Manteltarif in Frage kommt, handelt es sich keineswegs um einen Zufall, sondern zweifellos um einen Ausfall zu einer allgemeinen Offensive. Darauf deuten vor allem sämtliche Unternehmertagungen hin, die in letzter Zeit stattgefunden haben. So konnte man beispielsweise auf der Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages die gleichen Lohn- und sozialpolitischen Unternehmerrufen hören, wie sie Generaldirektor Böglner in der Generalversammlung des Ruhrtrufes äußerte. Und die Ausführungen Duisbergs auf einer Tagung des Bayerischen Industriellenverbandes unterscheiden sich sinngemäß in keiner Weise von den Gedankengängen, die kürzlich der stellvertretende Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, A. Frowein, auf einer Unternehmertagung der weiterverarbeitenden Industrie äußerte. In jedem Falle wandte man sich gegen den schematischen Zwang des Tarifvertrages in Lohn- und Arbeitszeitfragen. Und in allen Fällen sieht man die Möglichkeit einer weiteren Selbstkürzung nur in der Minderung der Arbeitskosten bzw. in einer Erleichterung der sozialen Lasten. Verständlicherweise — denn jede Veränderung der übrigen Kostenfaktoren, von den Steuern abgesehen, geht zu Lasten der Unternehmer und schmälert die Gewinnspanne. Kurzum, die deutschen Unternehmer aller Schattierungen sind sich darin einig, daß die Lohnabbauaktion keineswegs genügt, sondern der reaktionäre Kurs fortgesetzt werden müsse.

Anstatt sich geistig umzustellen und freiwillig einen Teil der Krisenopfer zu tragen, starren sie wie hypnotisiert auf die bedrohte Gewinnspanne und scheuen vor keinem Mittel, und sei es auch noch so unsozial, zurück.

Es ist ein gefährliches Spiel, das die Unternehmer auf diese Weise betreiben. Sie spielen leichtfertig mit dem Feuer, obwohl sie wissen müßten, daß sie auf einem Pulverfaß sitzen. Ihre völlig unverständliche Haltung ist geeignet, der Arbeiterschaft den letzten Rest von Glauben und Vernunft zu rauben und den angehäuften sozialen Zündstoff zur Explosion zu bringen. Was wollen beispielsweise die westdeutschen Unternehmer mit ihrem Generalangriff auf die Manteltarife von 500 000 Arbeitern erreichen? Glauben sie tatsächlich, durch Verschlechterungen der Bestimmungen über Urlaub, Sozialzulagen, Akkordarbeit usw. wesentliche materielle Vorteile zu erreichen? Das würde eine weitere Schmälerung der Existenzbasis der Arbeiterschaft bedeuten. Diese ist aber infolge der andauernden Kurzarbeit und der vorgekommenen Lohnsenkungen schon derart eingeeignet, daß jede weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen als ein soziales Verbrechen erscheint. Weber individuell noch sozial gesehen sind weitere Verschlechterungen für die Arbeiterschaft tragbar. Falls deshalb die Unternehmer ihre Zielsetzungen rücksichtslos durchzusetzen versuchen, müssen diese Auseinandersetzungen zu Sozialkämpfen führen, deren Verlauf und Ende unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht abzusehen sind.

Eine konsequente Durchführung des jetzt eingeleiteten Unternehmerrurses muß mit einer sozialen Katastrophe enden!

Noch eine andere Deutung ist denkbar, und zwar die, daß die Unternehmer an einen Erfolg ihrer Aktion nicht glauben. Daß sie vielmehr die ganze Kündigungssaktion nur als ein taktisches Manöver werten. Dieses Vorgehen ist nicht minder als verantwortungslos und gefährlich zu bezeichnen. Denn bei auch nur einem geringen Grad von Verantwortungsgefühl für ein geordnetes Volksleben müßten die Unternehmer wissen, daß die Arbeiterschaft keine weitere seelische Belastungsproben ertragen kann. Die wirtschaftlichen und sozialen Noterscheinungen haben schon ohne dies einen Grad von Greißeit und Verzweiflungsstimmung geschaffen, daß es als höchst gewisslos bezeichnet werden muß, den sozialen Brandherd durch derartige Machenschaften zu überhitzen. Oder glauben die Unternehmer, die Arbeiterschaft auf diesem Wege seelisch zermürben zu können? Dieser Glaube wäre sicherlich der größte, aber auch der gefährlichste Irrglauben, den man unternehmerseits hegen kann.

Weniger willkürlich, aber nicht minder umstritten ist der Angriff auf die Sozialversicherung. Sie ist bekanntlich seit Jahren ein Kampfobjekt der Unternehmer und ein ständiges Sorgenkind der Regierungen und Finanzpolitiker. Je schärfer sich die Krise arbeitsmarktpolitisch auswirkt, um so mehr müssen die Ausgaben steigen, während die Einnahmen zwangsläufig zurückgehen. Das gilt besonders für die Arbeitslosenversicherung, das gilt aber auch für die Invalidenversicherung, wie die neuesten Abrechnungen beweisen. Die Reformbestrebungen der Unternehmer bezüglich der Unfallversicherung dagegen sind einzig und allein von dem Wunsche diktiert, die Aufwendungen für diesen Ver-

sicherungszweig einzuschränken. Soweit die Ausbalancierung zwischen Einnahmen und Ausgaben einzelner Versicherungszweige zu einem Problem ist und wird, so haben die Gewerkschaften schon immer den Standpunkt vertreten, daß hierbei keineswegs die kaufmännische Art des Rechenstiftes die ausschlaggebende Rolle spielen darf. Für den finanziellen Ausgleich in der Sozialversicherung können und dürfen nur soziale Erwägungen maßgebend sein. Nicht der Reichsfinanzminister darf vorherrschen, sondern das Arbeitsministerium muß in diesen Angelegenheiten stark und führend bleiben! Geschieht dies nicht, dann sind auch von dieser Seite in der nächsten Zeit sozialpolitische Kraftproben zu erwarten, die von grundlegender und weittragender Bedeutung für das sozialwirtschaftliche Lebensschicksal der deutschen Arbeiterschaft sind.

Das gewerkschaftliche Barometer zeigt also wiederum auf Sturm. Was wir in letzter Zeit an Auerfreudlichem erlebt haben, waren Vorpostengefechte. Die entscheidenden Auseinandersetzungen stehen uns noch bevor. Trotz aller Not hat die deutsche Arbeiterschaft noch vieles zu verlieren. Hoffen wir deshalb, daß die bevorstehenden Kämpfe die deutsche Arbeiterschaft gerüpelt findet.

Oder sollen Mißmut und Schlappheit in unseren Reihen den katastrophalen politischen freien Bahn schenken?

Was meinst du, Kollege?

Die Brauns-Kommission für die 40-Stunden-Woche

Die Arbeitslosigkeit und ihre unendliche Bedeutung für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben Deutschlands wird noch sehr lange das dringendste Problem bleiben. Aus diesen Erwägungen heraus hat die Reichsregierung eine besondere Kommission von Sozialpolitikern und Wissenschaftlern eingesetzt, die den ganzen Fragenkomplex untersuchen soll und den früheren Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zum Vorsitzenden hat. Diese Kommission hat ihr erstes Gutachten erstattet. Dieses ist nicht vollständig, sondern hat Teilfragen zum Gegenstand und macht Vorschläge, diese zu lösen. Es handelt sich um die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit und der Doppelverdienens. Es ist bemerkenswert, daß die Kommission zu Vorschlägen kommt, die den Ansichten der Gewerkschaften sehr weitgehend entsprechen. Man wird diese Vorschläge begrüßen können und dafür zu sorgen haben, daß sie recht bald in die Tat umgesetzt werden. Der sachliche Teil des Gutachtens zerfällt in zwei Abschnitte; der erste behandelt die Verkürzung der Arbeitszeit zugunsten von Neueinstellungen; der zweite die Einschränkung ungerechtfertigten Doppelverdienens.

Bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit werden Verwaltungsmaßnahmen gefordert, nach denen lange Arbeitszeiten und Überarbeit, irgendwie entbehrlich, unverzüglich beseitigt werden sollen. Und zwar in allen eigenen Betrieben und Verwaltungen des Reichs (einschließlich der Reichsbahn, der Reichspost und der Reichsbank), der Länder, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der Unternehmungen, in denen eine dieser Körperschaften maßgebend beteiligt ist. Die bezeichneten Körperschaften und Unternehmungen haben bei der Erteilung aller Aufträge die Lieferfrist in einer Weise zu bemessen, die keinen Anlaß zu langen Arbeitszeiten und Überarbeit gibt. Die Schlichtungsbehörden haben auf die Tarifparteien behufs Verkürzung der in den Tarifverträgen vorgesehenen Arbeitszeit einzuwirken, erforderlichenfalls im Wege der Verbindlichserklärung kürzerer Arbeitszeiten.

Zur Durchführung der Verkürzung der Arbeitszeit werden Grundzüge zu einem Gesetzentwurf aufgestellt, die im einzelnen folgendes belegen:

I. Die Reichsregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats für einzelne Gewerbezweige oder Berufe nach Vereinbarung mit den Beteiligten die gesetzliche Höchstdauer der regelmäßigen werktäglichen Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen. Dabei ist zu prüfen, ob die Herabsetzung technisch und wirtschaftlich möglich und nach der Zahl der auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Arbeiter durchführbar ist.

II. Auf Betriebe, in denen in der Regel weniger als zehn Arbeitnehmer beschäftigt werden, erstreckt sich diese Ermächtigung nicht.

III. Wenn eine solche Anordnung der Reichsregierung ergeht, erlöschen die Bestimmungen der Tarifverträge, die ihr widersprechen, mit dem Ablauf eines Monats nach Verkündung der Anordnung.

IV. Wenn von der Befugnis zur Ueberschreitung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit Gebrauch gemacht werden soll, die auf Grund der §§ 2 und 5 der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 in Tarifverträgen vorgesehen sind, so ist dazu die Zustimmung einer der im § 6 der Arbeitszeitverordnung bezeichneten Behörden erforderlich. Dies gilt sowohl da, wo sich die Dauer der Höchstarbeitszeit aus den Vorschriften der Arbeitszeitverordnung ergibt, als auch da, wo sie nach Nr. 1 herabgesetzt worden ist.

V. Die in § 11 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 16. Juli 1927 und § 12 der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien vom 23. November 1918 vorgesehene Mindeststrafe für vorläufige Ueberschreitung der Arbeitszeit wird auf 50 Reichsmark erhöht.

VI. Die Absätze 2 bis 4 des § 6a der Verordnung über die Arbeitszeit vom 16. Juli 1927 werden durch folgende Vorschrift ersetzt: Als angemessene Vergütung gilt ein Viertel des auf die

Mehrarbeit entfallenden Grundlohns, wenn die Beteiligten keine höhere Vergütung vereinbart haben.

VII. Der Anspruch des Arbeitnehmers auf eine zusätzliche Vergütung für die Mehrarbeit wird auf die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übertragen.

Ein Gesetz auf dieser Grundlage wäre ein wesentlicher Fortschritt gegenüber den heutigen Bestimmungen. Mit Hilfe derartiger Vorschriften könnte der Arbeitslosigkeit wirksam zu Leibe gegangen werden. Die Gewerkschaften stellen sich diese und jene Vorschläge anders vor. Jedoch ist dieser Gesetzentwurf und viele andere zur Durchführung gekommene Reformen das Ergebnis von Kompromissen. Wo auseinanderstrebende Ansichten auf eine mittlere Linie gebracht werden, entstehen naturgemäß Halbheiten und nach allen Seiten nicht befriedigende Ergebnisse. Aus diesen Gründen erachten wir die Grundzüge für einen Gesetzentwurf als einen Anfang zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit.

Die Brauns-Kommission hat ferner die Einschränkung bezahlter Nebenbeschäftigung in ihren Untersuchungsergebnissen einbezogen. Sie kommt zu dem Vorschlag, daß Behörden, Einrichtungen und Unternehmungen, deren Einkünfte überwiegend aus öffentlichen Mitteln stammen, verpflichtet sind, bei ihren Beamten und Dauerangestellten die Genehmigungen auf entgeltliche Nebenbeschäftigungen unverzüglich zu widerrufen. In der Frage Pensionskürzung bei Arbeitseinkommen wurde von einer Empfehlung abgesehen. Soweit die Doppelverdienste in Frage kommen, sollen nach einem Mehrheitsbeschluß Abfindungsumme bereitgestellt werden, um den verheirateten Beamtinnen Anreiz zu freiwilligem Ausscheiden zu geben. Ein Minderheitsbeschluß verlangt die Kündigung der verheirateten weiblichen Beamten und Lehrer unter Gewährung einer Abfindung.

Die Kommission verlangt ferner, daß die sozialen Verhältnisse bei der Besetzung von Arbeitsplätzen berücksichtigt werden. Die Arbeitgeber sollen in Zusammenarbeit mit den Betriebsvertretungen dafür sorgen, daß bei Entlassungen und Einstellungen im Falle gleicher Eignung die sozialen Verhältnisse ausschlaggebend berücksichtigt werden. Darüber hinaus sollen die Arbeitgeber im Zusammenwirken mit den Betriebsvertretungen die Belegschaften daraufhin durchprüfen, ob Arbeitnehmer mit einem anderweitig gesicherten Einkommen in Betrieben vorhanden sind und ohne unbillige Härte und ohne Verletzung der Betriebsinteressen ersetzt werden können. Auch die Arbeitsämter sollen bei der Arbeitsvermittlung die sozialen Verhältnisse der Arbeitssuchenden berücksichtigen.

Das sind die ersten Vorschläge der Kommission. Wie bereits ausgeführt, halten wir diese für wichtig genug, schleunigst berichtigt zu werden. Es sind gute Unterlagen, um mit Hilfe gesetzlicher Maßnahmen die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Es kommt nur darauf an, schnell zu handeln. Die Gewerkschaften werden es nicht verabsäumen, auf Durchführung der empfohlenen Maßnahmen zu dringen. Verminderung der Arbeitslosigkeit ist das dringendste Problem der Gegenwart und wahrscheinlich auch der Zukunft. Je rascher und energischer hier gehandelt wird, je eher kommen wir wieder zu gefundenen Verhältnissen.

Vom Kampffeld der Betriebsrätewahlen

Selten wurden die Betriebsrätewahlen mit solcher Hartnäckigkeit geführt wie in diesem Jahre. Zeigte sich doch diesmal die Zersplitterung der Arbeiterschaft im hellsten Lichte. Neben den verschiedenen Gewerkschaftsgruppen: freie, christliche und kirchlich-Dückerische Gewerkschaften traten die Gegner der modernen Gewerkschaftsbewegung mit einer Schärfe auf, wie dies noch niemals der Fall war. Die RGO-Leute bildeten den Stützpunkt der Kommunisten. Sie versuchten in sehr vielen Industrien, selbst mit den schmutzigsten Mitteln, Proselyten zu machen. Daneben wurden aber auch andere, früher unbekanntere Listen eingereicht. Die Nationalsozialisten waren in diesem Jahre zum ersten Male bei den Betriebsrätewahlen zu finden. Sie haben zwar keine Eroberungen gemacht, aber die Tatsache, daß sie überhaupt Stimmen bekamen, beweist, wie traurig es um die Einheit der Arbeiterschaft bestellt ist. Die sogenannten Wirtschaftsfriedlichen (Gelben) erschienen in der Großindustrie unter den verschiedenartigsten Bezeichnungen. Es ist bedauerlich, daß diese Elemente teilweise Fortschritte, so z. B. im Rüsthergabbau, zu verzeichnen hatten. Neben dieser Vielzahl von Listen gab es hier und da auch eine Liste unorganisierter Arbeiter. Diese interesselosen Elemente, die nie zu Opfern bereit waren und nie dazu beigetragen haben, daß die Arbeiterschaft einen größeren Anteil am Produktionsertrag erhält, nutzen jetzt die Betriebsrätewahlen aus, um sich in den Vordergrund zu schieben. Das Betriebsrätengesetz war der gesetzliche Niederschlag eines langwierigen, hartnäckig geführten Kampfes der organisierten Arbeiter um das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben. Von den Elementen, die sich jetzt mit eigenen Listen an den Betriebsrätewahlen beteiligten, haben nur wenige dazu beigetragen, daß ein Betriebsrätengesetz überhaupt entstehen konnte. Nunmehr treten sie auf den Plan, um die Stöckkraft der Arbeiterbewegung zu schwächen und es sinnlos zu machen. Sie tun das, daß die Arbeiterschaft der Tummelplatz von Geschäftemachern aller Richtungen geworden ist. Wenn, wie im obereschleischen Bergbau, 9 Listen bei den Betriebsrätewahlen eingereicht werden, so kann man sich einen Begriff machen, wie weit die Zersplitterung bereits gediehen ist. Ueberblickt man das Resultat der Wahlen, so kommt die Ueberzeugung, daß die freien Gewerkschaften sich gut gehalten haben. Hier und da ist es zu Stimmenverlusten gekommen. Dem stehen an anderen Stellen Fortschritte in der Stimmen- und Mandatsziffer gegenüber. Wenn man berücksichtigt, daß die freigewerkschaftlichen Betriebsräte die Zielscheibe der schmutzigsten Angriffe bildeten, so kann man sagen, daß die Gewerkschaften bei den Betriebsrätewahlen gut abgeschnitten haben. Sie sind und bleiben der ruhende Pol in der Erscheinungenflucht. Wir wollen nur wünschen, daß die Verirrten sich um diesen Kern zielbewusster Interessenvertretung innerhalb des Betriebes bald wieder gruppieren.

Warum muß die Gewerkschaft gestärkt werden?

Jeder Gewerkschafter muß sich verpflichtet fühlen, seine Gewerkschaft zu fördern; er muß bei jeder sich bietenden Gelegenheit für die Weitertragung und Vertiefung des Gewerkschaftsgedankens eintreten. Gerade in der gegenwärtigen schweren Zeit ist das dringend erforderlich. Die Not der Arbeitslosigkeit ist dem Gewerkschaftsleben im allgemeinen nicht ferner. Oft wird sie ihm sogar zu einer Gefahr, denn viel peinlicher noch als zu anderen Zeiten muß jetzt der Arbeiter mit dem Pfennig rechnen. Er darf aber trotzdem nicht auf den Gedanken kommen, seine Gewerkschaft, um zu sparen, im Stiche zu lassen. Im Gegenteil: wenn die Not am größten ist, muß der gewerkschaftliche Zusammenhalt am innigsten und zuverlässigsten sein. Denn deshalb wurden ja die Gewerkschaften gegründet, daß sie die Bedrängten und Notleidenden als eine Einheit widerstandsfähiger gegen die Mißstände der privatkapitalistischen Wirtschaft machen, als es möglich ist, wenn jeder seinen Weg für sich geht. Deshalb muß also in Zeiten erhöhter Not der Zusammenhalt der Bedrängten noch allgemeiner und fester sein als sonst. Um das gewerkschaftliche Band zu festigen, ist es aber stets nötig, für den Gewerkschaftsgedanken zu werben. Auch gegenwärtig ist das notwendig, doppelt notwendig, weil die Gegner der gewerkschaftlichen Arbeiterbefreiung und Arbeiterinschutznahme die Zeit für günstig ansehen, um Sprengstoff unter die Arbeiter zu streuen, damit er sie spalte und uneinig mache. Was jetzt dem Arbeiter von nichtgewerkschaftlicher Seite in Wort oder Schrift zugetragen wird, das muß noch viel sorgfältiger als früher durchdacht und geprüft werden. Heutzutage wird hauptsächlich mit versteckten Waffen in möglichst unauffälliger Weise gegen die zunehmende gewerkschaftliche Macht gekämpft. Offen magt es eigentlich kaum noch jemand zu sagen, daß die freien, unabhängigen Gewerkschaften etwas darstellen, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung entbehren könne. Die Zeiten sind vorüber, wo so etwas Anklang und Zustimmung finden konnte. Auch die Gegner der Gewerkschaften sagen, daß der einzelne Arbeiter heute für sich allein gar nichts erreichen kann. Aber sie wollen Arbeitervereine und keine Arbeitergewerkschaften; sie wollen Verbindungen, die unfrei und abhängig sind, abhängig von der kapitalistischen Wirtschaft. Sie wollen ein harmloses Spiel mit dem Organisationsgedanken, der doch in Wirklichkeit den wichtigsten und ernstesten Gedanken für den Arbeiter darstellt, den es gibt. Gewerkschaftliche Organisation aber muß auf sich selbst gestellt sein, muß im Aufbau und Ziel keinen Zweifel darüber lassen, wozu die Front zu richten ist. Sie braucht nicht grundsätzlich zu kämpfen; sie kann auch vermitteln, klären, ausgleichen. Aber sie muß kämpfen können, wenn es notwendig ist, wenn es Pflicht gegenüber dem Arbeiterstande wird.

Weshalb pflegen wir den Gewerkschaftsgedanken? Weshalb werden wir für die Mehrung der Gewerkschaftsmacht? Weil die Arbeiterkraft sozial und wirtschaftlich gleichberechtigt mit andern Staatsbürgern werden soll, die sich Besitzer der Wirtschaftswerte und Arbeitsmittel nennen, die in Wirklichkeit allen Bürgern gemeinsam gehören. Und weiter will die Arbeiterkraft die Wirtschaftswerte und Arbeitsmittel zweckmäßiger ausnutzen, als es jetzt geschieht, als es jetzt im allgemeinen möglich ist, nun kein einheitlicher Versorgungsgebanke die Wirtschaftsarbeit sinnvoll regelt und auf die höchstmögliche Leistung einstellt. Die privatkapitalistische Wirtschaftsweise ist eine viel zu hohe Kosten verursachende Wirtschaftsweise. Die durch Unordnung, Unübersichtlichkeit, Zerissenheit der Wirtschaftsarbeit entstehenden hohen Kosten schmälern das Sozialprodukt, das die Gesamtwirtschaft hervorbringen imstande ist. Und diese Schmälderung erfolgt auf Kosten der Arbeiter, „Arbeiter“ im alle wirtschaftlich vom Kapital Abhängigen umfassenden Sinne verstanden. Der Arbeiter, der seine Zeit und seine Gegenwartsaufgabe als wirtschaftlicher Mitbürger versteht, will mitbauen an einer verbesserten Wirtschaft der Zukunft, wie sie schon längst bitter notwendig geworden ist. Der Gewerkschaftsgedanke ist ein gemeinnütziger, wirtschaftsförderlicher, staatsentwickelnder Gedanke. Es ist sehr einseitig, ihn stets zuerst als berufsegoistischen Klassen-gedanken darzustellen.

Wer für die Gewerkschaft werben will — und alle Arbeiter sollten es wollen — muß sich beständig bemühen, sein Wissen von der Wirtschaft, von ihren Grundlagen und Gesetzmäßigkeiten und von ihren Aufgaben zu vertiefen. Der allein kann sich ein Bild von einer vervollkommenen, vernünftigen Wirtschaft machen, der die bestehende Wirtschaft kennt und weiß, wie sie wirkt. Der allein kann auch überzeugend die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Machterweiterung erklären, der weiß, wo die Fehler und Mängel der kapitalistischen Privatwirtschaft liegen. Das wirtschaftliche ist für alles materielle und idelle Fortschrittsstreben der Ausgangspunkt! Hier muß sich jeder auskennen, der die schweren Unvollkommenheiten und Ungerechtigkeiten fühlt, die das einträchtige Zusammenleben und Zusammenarbeiten der Menschen so sehr erschweren. Was nützt, ist, daß die bestehende Interessen- und Gewinnwirtschaft auf privatkapitalistischer Grundlage eine wirklich wahre „Volks“wirtschaft

wird, eine Wirtschaft durch das Volk für das Volk. Diesem schönen und allgemeinnützlichen Ziele näherzukommen, ist nur möglich, wenn sich die Arbeiterkraft immer geschlossener und inniger in Gewerkschaften vereint und so eine mitentscheidende Wirtschaftsmacht wird. Nur die Gewerkschaften können es erzwingen, daß mehr und mehr das Wirtschaftsziel des Verdienenswollens, des Geschäftes- und Ueberflüssigemachens umgestellt wird nach der gemeinnützigen Richtung des Dienenswollens. Ohne das Gegengewicht der Gewerkschaften ist die kapitalistische Wirtschaft von einer so unerfülllichen Gier nach Gewinn, daß sie fast stets „über Reichen zum Ziel geht“. Der soziale Gedanke spielt zwar heute bereits eine Rolle in der Gesellschaft. Aber er ist trotzdem mit dem kapitalistischen Gedanken nicht unter einen Hut zu bringen. Es wird oft so getan, als sei das dennoch möglich. Aber dadurch lasse sich kein Arbeiter einschläfern. Gegenjäger dem inneren Wesen nach bleiben Gegenjäger, auch dann, wenn an der Oberfläche der Dinge aus- und anzugleichen versucht wird. Was an sozialen Fortschrittsleistungen in der Welt besteht, ist entstanden, weil die Gewerkschaften Schritt für Schritt vorwärtsgebrungen und mächtiger geworden sind. Der Kapitalismus ist vollständig unsozial, sein Leitfaß heißt: „Jeder ist sich selbst der Nächste!“ Er lehrt früher, daß der ungehemmte Kampf aller gegen alle für den einzelnen sowohl als auch für die Allgemeinheit Fortschritt und Gewinn bedeute. Heute organisieren sich die Kapitalbesitzer, um den Kampf aller gegen alle unmöglich zu machen. Sie treten so als sich anbahnende Einheit, die bedeutend erhöhte Macht bedeutet, denen gegenüber, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft. Darum sollte die Arbeiterkraft heute keine wichtigere Aufgabe kennen, als die, auch mehr geschlossene Einheit, mehr Macht zu werden. Die organisierten Besitzer der Existenz- und Arbeitsmittel „des Volkes“ haben sich in den letzten Jahrzehnten eine neue gewaltige Macht erhandelt, die der einseitigen gewalttätigen Preisbestimmung. Sie haben es somit in der Hand, jede Lohn- und Gehaltsforderung unwirksam zu machen, indem sie das Mehr, das sie geben, sogleich wieder fortnehmen. Die auf Monopolmachtmehrung eingestellte Privatwirtschaft stellt heute einen Staat im Staate dar. Sie besitzt einen großen Einfluß auf die politische Machtbildung. Ihrer Macht kann nur die Gewerkschaftsmacht einigermaßen erfolgreich ein Gegengewicht entgegenstellen. Die Preisbindungsbestrebungen der Wirtschaft haben mehr als alles andere die schweren Krisen verursacht, unter denen heute die beschlossenen Massen schwere Not leiden! Der Kampf aller gegen alle ist verwerflich, muß ganz verschwinden und darf nicht wiederkehren. Eine einseitige Preisbestimmung von der Kapitalgewalt aus sollte es niemals geben; denn das Grundgesetz allen Lebens ist die Zweipoligkeit der Kräfte. Es beherrscht die ganze Natur, es muß auch die Wirtschaft beherrschen. Darum müssen die wirtschaftlich vom Kapital Abhängigen noch mehr, noch bedeutend mehr Macht werden! Sie müssen ihr Wirtschaftsbürgerium betonen und fordern, daß sie mitwirken an der Gestaltung aller wirtschaftlichen Dinge. Das ist nicht nur ihr Recht, das ist vor allem auch ihre Pflicht! Es ist unbedingt nötig, daß ein Ausgleich der Kräfte innerhalb des allgemeinen Wirtschaftsgeschehens gefunden wird. Das ist die erste Vorbedingung einer Wirtschaftsgelung. Wirtschaften ist Allgemeinaufgabe. Die Wirtschaft der Zukunft kann und darf nur eine allgemeinnützliche Wirtschaft sein. Sie wird es aber nur dann sein, wenn alle wirtschaftlich vom Kapital Abhängigen sich in starken Gewerkschaften vereinigen, um so Macht gegen Macht setzen zu können. Darum werbe jeder für die Gewerkschaftskräfte!



Kollegen! Lest eure Verbandszeitung

und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter.

Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

„Roter Bauarbeiterverband“ gegründet!

„Der Grundstein“ vom 11. April berichtet darüber, wie all dieser neuen Wühlorganisation sich jedenfalls die aus dem Steinarbeiterverbande entfernenden RGD- und sonstigen Niederlagen-Strategen anschließen, bringen wir zur Information unserer Kollegen den Bericht des Grundstein zum Abdruck:

„In Berlin geschah diese Gründung am 29. März; in anderen Bezirken wird man sich ähnliches geleistet haben. Jedenfalls verkündet die „rote Fahne“, daß nunmehr im Saalbau Friedrichshain die „revolutionären“ Bauarbeiter ihre „rote“ Kampforganisation, den „Einheitsverband für das Baugewerbe“, für den Bezirk Berlin-Brandenburg-Grenzmark geschaffen haben.

Damit wäre der neue „Einheitsverband“ da. Merkwürdig, daß sich heutzutage alle Zerplitterungsorganisationen im Gewerkschaftsleben „Einheitsorganisation“ nennen. Ob Kaiserverband, ob RGD, ob Affordmauerverein oder sonst etwas: Alle nennen sich für sich „Einheitsorganisation“. Mit dieser Phrase will man denen, die nicht alle werden, Sand in die Augen streuen. Das übrige besorgen die üblichen „revolutionären“ Schlagworte.

Schlagworte und nichts als Schlagworte hörte man — wenn man dem Bericht der „roten Fahne“ folgt — auch nur in jener „Gründungsversammlung“. Vor allem wird wiederholt versichert, daß alles „begeistert“ war. Diese Art „Begeisterung“ ist in solchen Fällen ein Behelfsmittel bei der Begehung größter politischer und gewerkschaftlicher Dumtheiten. Vor allem liefert für so etwas Berlin einen besonders fruchtbaren Boden.

Natürlich wurde auf dieser Gründung auch eine Satzung beschlossen. Darin sind Ziele und Zwecke, Rechte und Pflichten der Mitglieder dieses neuen „Einheitsverbandes“ für das Baugewerbe niedergelegt. Es heißt darin, daß dieser „Einheitsverband“ der RGD der deutschen Sektion der roten Gewerkschaftsinternationale angegeschlossen ist und auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes steht. Er sucht sein Ziel zu erreichen durch Hebung der Lebenshaltung aller Bauarbeiter und Sicherung eines möglichst hohen Anteils am Ertrage ihrer Arbeit. Das hört sich ziemlich „reformistisch“ an, wird aber gleich wieder ausgebeffert durch die Versicherung, daß die Mitglieder geschult und aufgeklärt werden sollen im Sinne des „revolutionären Klassenkampfes“. Jedoch gleich hinterher wird dieser „Einheitsverband“ wieder „reformistisch“ er versichert, kämpfen zu wollen für die Verbesserung der sozialen Unterbringungseinrichtungen von Reich, Staat und Kommunen, ja, er will sogar Tarife abschließen. Mitglied dieses Gebildes kann nach der Satzung jeder werden, sogar Frauen. Jedem falls glauben sich die Entzore dieser Zerplitterungsorganisation nach Ruhland verlegt, wo bekanntlich im Baugewerbe Frauenarbeit zugelassen ist und stark betrieben wird. Aber denkt auch: Jeder kann auch Mitglied werden, unbeschadet seiner politischen oder religiösen Anschauung! Wiederum sehr bedenklich reformistisch!

Besonders interessant ist auch die Zusammensetzung des Vorstandes dieses „Einheitsverbandes“. Es heißt in der Satzung, daß auf je 300 Mitglieder ein Vorstandsmitglied entfällt. Da, wie versichert wird, dieser „Einheitsverband“ das „Sammelbecken der revolutionären Bauarbeiterkraft“ werden soll, ist leicht auszuwenden, daß es diese Organisation als „Einheitsorganisation“ sehr bald auf eine Million Mitglieder bringen wird; dann hätte sie rund und nett 3333 Vorstandsmitglieder. Mit einem solchen Vorstand läßt sich wahrhaftig die Welt erobern! Man nennt dies im Bolschewistenjargon „Anwendung der breitesten politischen Demokratie“.

Damit wäre nun dieses „revolutionäre Sammelbecken“ eines Sammelbureaus unklarer, unzufriedener Menschen unter Führung bezahlter Wirrköpfe ins Leben gerufen. Eine neue Filiale für Moskau ist eröffnet, und zwar auf Kosten der weiteren Zerplitterung der Bauarbeiterkraft zum Gaudium des Unternehmertums. Zulauf wird dieser „Einheitsverband“ erhalten durch unklare Köpfe und vor allem aus den Kreisen der „revolutionären“ Unorganisierten, der bisherigen Beitragsbrüderbeher. Dieser „Einheitsverband“ macht als „Lodse“ des Unternehmertums „Revolution“ mit einem Großen Wochenbeitrag im Minimum und mit drei Großen Wochenbeitrag im Maximum. Soviel dürfte man ja noch übrig haben. Und dann kann man sich strom organisiert nennen und obendrein „revolutionär“. Dieser „Einheitsverband“ fängt an jener Stelle an, wo unsere Gewerkschaften vor etwa 35 Jahren aufgehört haben.

So etwas tut den Unternehmern niemals weh. Sie lachen über solche „revolutionären“ Mäßen und schähen sie nur als eine willkommene Störung zielbewußter Gewerkschaftsarbeit. Auch wir könnten uns dieser Auffassung ohne Zögern anschließen, wenn der Fall nicht bitter ernst läge und als geradezu verbrecherisch eingeschätzt werden müßte. Aber es ist ja die Aufgabe der RGD, überall und ausgedehnt in Zeiten höchster Gefahr den Gewerkschaften in den Rücken zu fallen. Das Schicksal der Bauarbeiter ist in diesem Falle, wie in allen bisherigen ähnlichen Fällen in anderen Gewerben, der RGD völlig Nebensache, die Hauptsache ist revolutionärer Klamauk zur höheren Ehre und auf Befehl Moskaus. Und dazu langt es noch eben!

Der Naturstein-Reichtum Rußlands

(Nachdruck verboten.)

Frägt man nach dem bekanntesten russischen Ausfuhrprodukt, so wird man sicher in der ganzen Welt die Antwort „Kaviar“ bekommen, womit das aus dem Rogen des Störs gewonnene Luxus-Nahrungsmittel bezeichnet wird. Vor dem Weltkrieg konnte man von etwas volkwirtschaftlich gebildeten Mitmenschen auch die Antwort „Petroleum“ erhalten. Daß daneben immer eine gewisse Rolle Rohstoffe zu Textilien, Felle und Häute gespielt haben, dürfte auch bekannt sein. Aber nur wenige wissen, daß Rußland auch reiche Vorkommen an Natursteinen verschiedener Art hat. In dieser Hinsicht haben russische Ausstellungen von Natursteinen, namentlich die Schaustellung von Gesteinsproben auf der Deutschen Ostmesse in Königsberg, recht aufklärend gewirkt.

Zunächst ist es interessant, daß man in Rußland selbst verschiedene Marmorarten gewinnt. Das Hauptproduktionsgebiet ist Karelien, also der im Osten Finnlands gelegene Freistaat gleichen Namens. Hier wird zunächst der Bjelegorster rosa Marmor in Entfernungen von 20 bis 25 Kilometer von der Murmanbahn gebrochen. Da der Gehalt an Quarz nur bis 1,07% ansteigt, ist dieser Dolomit leicht bearbeitbar. Die lebhafteste rote Färbung ist in ihrer Stärke verschiedenartig abgestuft und gibt dem fertig bearbeiteten Stein ein lebendiges Gepräge. Nach den Feststellungen der Geologen ist das Vorkommen dieses Gesteins so bedeutend, daß auf Jahrzehnte hin die Gewinnung einer gleichen Marmorqualität gesichert ist.

Der gleichfalls in Karelien gewonnene Gamrilowster Marmor zeichnet sich durch recht lebhaftes Farben aus und variiert stark in seiner Struktur und seinem Aussehen. Gewöhnlich ist die dunkelrote Grundmasse von vielen hellroten Einschlüssen, von dicken weißen Adern und einer dünnen, feinen, nehartigen schwarzen Ueberzug durchzogen. Bei dem Brodengestein dieses Marmors ist die Grundmasse hellrot und hat weiße und kleinere, lebhaft dunkelrot gefärbte Einschlüsse.

Ein dunkelroter Marmor mit hellerer Ueberzug aus Karelien wird unter dem Namen Krasnogorster roter Marmor gehandelt.

Unter der Bezeichnung Kareliker weißer Marmor wird ein elfenbeinfarbiges Gestein ausgeführt, welches durch seine feine Maserung das dem echten Elfenbein gleichkommende Aussehen hat. Man sagt diesem weißen Marmor nach, daß er durch sein milderes, wärmeres, eben an Elfenbein, aber nicht eigentlich an Naturstein erinnerndes Aussehen besonders zu Bildhauerarbeiten geeignet ist, die nicht den etwas kalten Eindruck reinweißen Marmors hervorrufen sollen. Dieser russische weiße Marmor führt gelegentlich auch eine Ueberzug wie rotgelbe oder schwarze.

Ein weiteres Gebiet der Marmorergewinnung ist der Ural. Das hier gebrochene Gestein zeichnet sich durch seine tief schwarze Farbe aus und wird am besten mit dem belgischen „noir fin“ verglichen. Der schwarze Ural-Marmor wird hauptsächlich für Grabsteine und kunstgewerbliche Artikel verwendet.

Der im südlichen Ural gebrochene Tscheljabinsker Marmor ist weiß mit lebhaft grauer Ueberzug und grauen Anflügen. Dieses Naturgestein findet besonders Verwendung für Schalttafeln, Wandverkleidungen und Möbelplatten.

Armenien ist besonders reich an Marmoren verschiedener Färbung. Neben weißem durchsichtigen Marmor ist eine weiße Qualität, die mit einem Netzwerk von gelben und grünen Adern durchzogen ist, ein schwarzer, weißgeadter Marmor, sowie ein bläuliches Naturgestein dieser Art auch für den Export wichtig geworden.

In dem etwas tonhaltigen Dshardetscher Kalkonglomerat liefert Armenien ein schönes und lebhaftes Naturgestein, welches in einer dunkelroten Grundmasse viele große und kleine, rosafarbige, graue, rote und bläuliche Gerölle von verschiedener Größe und mannigfaltiger Struktur eingebettet aufweist. Diese ursprünglich aus Ton bestehenden Gerölle sind später, als sich die talkige Grundmasse bildete, in der sie jetzt eingeschlossen sind, ebenfalls mehr oder weniger verfallt worden. Der Stein, der sich sehr leicht bearbeiten läßt, eignet sich gut für Fassadenschmuck, weil er infolge seiner immer wechselnden Struktur und Farbe auffällt und das Auge erfreut. Auch für den Innenschmuck von Räumllichkeiten, namentlich Treppenschürzen usw., ist dieser eigenartige Stein infolge seiner Lebhaftigkeit gut geeignet.

Der in Armenien unweit von Leninakan gebrochene Artifizker Tuffstein ähnelt in seiner Struktur und seinen übrigen Eigenschaften, namentlich dem spezifischen Gewicht, der Porosität, Regelmäßigkeit, Druckfestigkeit, Wetterbeständigkeit usw., den sonst im Handel befindlichen grauen oder gelben Tuffsteinen. Von diesen unterscheidet er sich durch die Mannigfaltigkeit seiner Färbungen. Auch Tuffe mit blauer, gelber, rosa, roter und schwarzer Grundmasse werden gewonnen. Die in diesem eingeschlossenen Schlacken und Bimssteine weisen gleichfalls verschiedene Färbungen von weiß über gelb und rot bis schwarzbraun und schwarz auf. Neben den Tuffsteinen finden sich in diesem Bezirk auch Gesteinsarten, die in ihrem Farbenpiel an gewisse Marmorarten erinnern. Dadurch, daß die Förderung durch Verwendung moderner Maschinen verbessert wird, ist man zur Gewinnung beliebig großer Blöcke des Tuffsteins gekommen, die nach Farbe und Struktur zu Standardsorten zusammengestellt werden. An Hand von Musterplatten werden die rohen Blöcke von europäischen Lagern aus verkauft. Da der armenische Tuffstein an der Luft in den ersten Monaten verhältnismäßig langsam erhärtet, so ist er selbst bei längerer Lagerung noch leicht bearbeitungsfähig.

In der Ukraine sind Wolhynien und Kiew Fundstätten für Labradorite, die zu den bedeutendsten dieses Gesteins in Europa gehören. Man gewinnt hier verschiedene Variationen, dunkel- bis hellgrau, feinkristallin, Mittelkristallin und Grobkristallin. Diese Gesteine von geringem spezifischem Gewicht und feurigen Färbungen sind gut zu bearbeiten und zu polieren.

Golowinsker Labradorit ist ziemlich grobkristallin. Bei diesem Gestein überwiegen die schwarzen Kristalle, so daß der Stein als Ganzes einen schwarzen Eindruck hervorruft. Seltener sind in diesem Bezirk schillernde Kristalle, die ein dunkelblau-

violettes Feuer haben. Das Material wird besonders zu Grabsteinen verarbeitet.

Mittleres Korn der tief schwarzen Kristalle weist Schewstjehent-Labradorit auf. Gute Stücke dieses Materials, die ebenfalls vorwiegend für Grabsteine bearbeitet werden, erinnern an schwarzen schwedischen Granit.

Zahlreich dunkelblau bis violett schimmernde Kristalle in heller Grundmasse weist Turtschinster-Labradorit auf, so daß der Stein im Ganzen einen grauen Eindruck hervorruft. Durch das tiefblau, feurige Schimmern seiner Kristalle unterscheidet sich dieses Gestein von den grauen Verschiedenheiten norwegischer Labradorite. Hauptzweckliche Verwendungszwecke dieses Naturmaterials sind: Rohstein für Wandverkleidung, Fassadenschmuck, Denkmalssockel usw. Daneben wird dieses Gestein auch zur Herstellung kleiner kunstgewerblicher Gegenstände herangezogen. Die Verwertung für Schmuckzwecke wird durch Lichteffekte begünstigt, die bei entsprechender Beleuchtung das Auge des Beschauers entzücken.

In Blöcken von mehreren Kubikmetern Inhalt wird Gorwostewster-Labradorit gewonnen. Wir haben es hier mit einer grobkörnigen Varietät mit großen schillernden Kristallen auf grünlichem Untergrund zu tun. Dieses Material wird besonders zur Herstellung von Platten für die Verkleidung von Fassaden benutzt.

Der orangefarbene Granit von Nemekher Berg ist mittelförnig und von immer gleichbleibender Struktur. Der Export findet hauptsächlich über Leningrad oder Murman statt.

Der in der Nähe der berühmten Eisenerzgruben von Krivoj Rog gewonnene rote gneisartige Granit zeigt gegenüber dem gleichartigen Naturstein aus dem Lesnikter Vorkommen mehr gneisartige Struktur. Da bei ihm auch ziemlich viel Quarzkörner auftreten, so wirkt er weniger lebhaft als jener. Ausgeführt werden diese beiden ukrainischen Granite über Odessa.

Am Seg-See werden die zur Herstellung von Grabsteinen und Wandverkleidungen liegenden Pitrit-Steinbrüche ausgebeutet. Dieser schwarze, zuweilen auch einen etwas dunkelgrünen Ton aufweisende Diabas läßt sich leicht bearbeiten. Der Gesamteindruck dieses Steins, der nur selten von dünnen hellgrünen Adern durchzogen wird, ist schwärzlich.

Der in Karelien gefundene Schotkinsker Porphyrt zeigt in einer dichten grünlichen Grundmasse vereinzelt auftretende karminrote Kristalle. Das Material wird gut zu Wandplatten und Denkmälern verarbeitet. In diesem Gebiet wird auch Quarzit gewonnen. Dieses Gestein läßt sich ebenso wie der Porphyrt bearbeiten und verwerten.

Schließlich ist noch Sorlomersker Brezje erwähnenswert. Dieses aus Serpentinsteine bestehende Brodengestein wird in Karelien gewonnen und gleicht in der Struktur der Qualität „Kamm grün“, ist aber allgemein etwas dunkler, weil die schwarzen Tönungen die grünen überwiegen. Hauptzweckliche Verwertungsarten dieses Gesteins sind Verarbeitungen zu Säulen, Kunstwerken, Wandverkleidungen und Grabsteinen.

Die Notverordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen berührt nicht die gewerkschaftlichen Organisationen. Trotzdem ist es angebracht, daß die Bezirks- und Zahlstellenleiter sich mit dem Inhalt der Notverordnung recht vertraut machen, der übrigens in jeder Tageszeitung abgedruckt war. Dringend zu empfehlen ist, daß unsere leitenden Zahlstellenfunktionäre von öffentlichen Versammlungen überhaupt absehen und alle ihre Verbandsangelegenheiten nur in Mitglie derversammlungen erledigen, für die es freisteht, besondere Personenzettel einzuladen. Zu der Notverordnung sind von den einzelnen Länderregierungen noch Ausführungsbestimmungen zu erwarten, die ebenfalls von den Zahlstellenleitern des in Frage kommenden Landes intus genommen werden müssen. Von einem Abdruck der Notverordnung im „Steinarbeiter“ wird Abstand genommen. Bedauerlich bleibt es in jeder Hinsicht, daß durch die politischen Prügeln, Bübereien und Maulaufreize die Republik solche einschneidenden Maßnahmen treffen muß.

Nebr a. N. Am 22. März fand in Laucha eine gutbesuchte Versammlung der Steinmehrer aus den Zahlstellen Raumburg, Freyburg, Nebra statt. Vom Zentralvorstand war der Kollege Koch anwesend. Kollege Schneider, Raumburg, führte den Vorsitz und gab bekannt, daß die Unternehmer einen 25prozentigen Lohnabbau durchzuführen wollen. Kollege Koch gab uns Anweisungen, wie wir uns verhalten sollen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen: Da unser Tarif bis 1. April besteht, keine Einzelabmachungen mit den Unternehmern zu treffen. Folgende Entschlüsse wurden dann angenommen: Die Bezirksversammlung der Mitglieder des Zentralverbandes der Steinmehrer Deutschlands aus den Zahlstellen Nebra, Freyburg und Raumburg am 22. März 1931 beschließt sich eingehend mit den Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer „Freyburger Kalksteinwerke“ und beschließt, an den bestehenden tariflichen Lohnsätzen festzuhalten.

In die Lohnkommission wurden die Kollegen Schneider, Marquardt, Hoyer und Kathe gewählt. Zum Schluß erwähnte Kollege Kah die Kollegen, zum Verbands zu stehen und nicht den Schälblingen der Arbeiterbewegung Gehör zu schenken, sondern mitzuarbeiten, daß unsere Organisation noch mehr gefestigt wird.

Ebenkett en (Bayr. Wald). Am 23. März tagte eine sehr gut besuchte Versammlung. Ueber 100 Kollegen haben teilgenommen. Kollege Neumüller (Leipzig) sprach über: „Die wirtschaftliche Lage und wir Steinmehrer“. In unserer Zahlstelle sind alle Kollegen arbeitslos. Neumüller betonte, daß die Nationalsozialisten und die kapitalistische Wirtschaft Schuld sind an der Arbeitslosigkeit und dem Elend der Arbeiter. Durch die Reichstagswahl am 14. September ist zu verzeichnen, daß wir um 2 Millionen mehr Arbeitslose haben. Durch die Unernunft vieler Arbeiter als Wähler wurde Deutschland das geliehene Geld vom Auslande kurzfristig gekündigt; dadurch wurde die Arbeitslosigkeit vergrößert. Ueber die Lage der Steinmehrer sagte Neumüller, daß die Unorganisierten in Anspruch nehmen, was die Organisierten mit größter Fähigkeit erkämpfen. Den Maulhelden, die gegen uns kämpfen, und den falschen Propheten müssen wir die Türen weisen; denn nur Einigkeit und Ausdauer wird uns retten. Für die Volksfürsorge sprach Reindl (Regensburg) und gab gute Aufklärung. Unsere Kollegen halten die Volksfürsorge für sehr gut und werden betreten, wenn es wieder Arbeit gibt. Nach reger Diskussion erwähnte Neumüller im Schlußwort die Unorganisierten, sobald es Arbeit gibt, dem Verbands beizutreten, damit nicht noch Schlimmeres über uns kommt. Der Vorsitzende gab den Kartellbeschuß noch bekannt, daß von 10 bis 12 Uhr und von 17 bis 19 Uhr in Regensburg vom Kartellvorsitzenden Auskunft erteilt wird. Für Organisierte sind die Auskünfte frei; Unorganisierte haben die entstehenden Kosten selbst zu tragen. Nach dreistündiger Dauer wurde die anregende Versammlung geschlossen.

Stu h m. Am 31. März fand hier eine Werberversammlung statt; sie war einberufen vom Kollegen Schröder aus Marienburg. Dieser begrüßte die Erschienenen und schilderte dann in überzeugenden Worten die heutige Wirtschaftslage und die große Arbeitslosigkeit, Gewerkschaften und Unternehmerverbände, und das Verhalten der gegnerischen Organisationen. Nazis und KGD wurden vom Redner nicht geschont. Nach einer Besprechung der Verbandslage und der Verbandsaufgaben meldeten sich 7 Kollegen als neue Mitglieder. Beschlossen wurde dann, in Stu h m eine Verbandsfiliale zu gründen. Mit den neuen und den bisherigen Mitgliedern ist der Anfang mit 16 Mitgliedern gemacht. Nachdem der 1. und der 2. Vorsitzende sowie der Kassierer gewählt wurden, fand die erste Zahlstellenversammlung geschlossen werden.

Jakubowit z. Der erste Vorsitzende eröffnete die gutbesuchte Versammlung am 29. März. Ein Rückblick ins Jahr 1930 ergab die schweren Prüfungen, die die Kollegen durchmachen mußten. Nicht genug, daß die Arbeitslosigkeit schwer auf uns gelastet hat, kam die Notverordnung, die die sozialen Einrichtungen verschlechterte. Aber auch diese schwere Prüfung hat uns nicht ins Wanken gebracht. Fester denn je stehen wir zusammen und sind für alle Fälle gerüstet. Die Kollegialität in Oberschlesien läßt zu wünschen übrig. Kommen die Kollegen aus den ländlichen Filialen nach den Industrieorten, werden sie als Nichtkollegen angesehen. Die große Arbeitslosigkeit hat das erzeugt, aber deshalb sollte gerade mehr Kollegialität und Solidarität geübt werden, weil jeder um sein tägliches Dasein kämpft. Es gibt viele Kollegen, die 40 Wochen im Jahre arbeiten, und andere Kollegen, die nur ein paar Wochen arbeiten und ihre Anwartschaft nicht erfüllen können. Was es heißt, die sozialen Einrichtungen auf dem Lande in Anspruch zu nehmen, können sich die Kollegen aus der Stadt gar nicht recht vorstellen; die ganze Gemeinde sträubt sich dagegen, Hilfsbedürftigkeit anzuerkennen. Vielleicht wäre es anders auf den Baustellen in Oberschlesien mit der Kollegialität, wenn es dort Betriebsvertretungen gäbe. In den Konferenzen im Winter wird viel vom Betriebsrat gesprochen, und wenn die Arbeitsgelegenheit anfängt, dann wird dieses vergessen. Es wird höchste Zeit, daß Betriebsräte in Oberschlesien auf den Baustellen zur Geltung kommen. Ferner sprach der erste Vorsitzende über den Lohnabbau auf der ganzen Linie. Er warnte die Kollegen, den Unternehmern keine Unterschrift zu leisten wegen Lohnabbau, denn damit bekennen die Kollegen selbst, daß sie mit weniger Lohn auskommen können, und den Unternehmern wird es dadurch ein Leichtes sein, Lohnabbau in unserem Bezirk durchzuführen. Auch sollen die Kollegen auf die soziale Wohlfahrts-einrichtung mehr bedacht sein und sich die Wohlfahrtsmarken nicht auszahlen lassen oder sie gar dem Unternehmer schenken. Hierauf gab der Kassierer den Kassenbericht, der für gut befunden wurde. Bei der Wahl wurde der gesamte Vorstand außer dem zweiten Vorsitzenden wiedergewählt. Als zweiter Vorsitzender wurde Kollege Piatka gewählt. Unter Gewerkschaftlichem und Verschiedenem sprach Kollege Semler über die Jugendabteilung. Die jungen Kollegen, die noch dem Verbands fernstehen, sollen herangeholt werden, um sie über die Gewerkschaft zu unterrichten. Als Jugendleiter wurde Kollege Gebauer gewählt, der auch verabschiedete, die jungen Kollegen dem Verbands zuzuführen. Nach Beantwortung einiger Fragen wurde die Versammlung mit der Aufforderung, treu zusammen zu stehen und Elementen, die eine Zersplitterung herbeiführen wollen, entgegenzutreten, beendet.

Köln. Am 2. April eröffnete Kollege Birke die leider nur mäßig besuchte Versammlung. Gauleiter Kollege Gante kritisierte diese Interessenlosigkeit. Dann hielt er einen Vortrag über den Kampf der Arbeitgeber, gab einen Ueberblick von der Lohnbewegung im Industriegebiet und im Wirtschaftsgebiet Köln. Nach Auslagen mehrerer Kollegen stellten die der Zwangsinnung angehörenden Unternehmer an die Kollegen die Forderung, sich durch Unterschrift eines Kebers mit einem Lohnabzug für Steinmehrer von 24 Prozent, für Kammer 28 1/2 Prozent und Hilfsarbeiter 19 Prozent einverstanden zu erklären, andernfalls ab 1. April 1931 fristlose Entlassung erfolgt. Dieses Anerbieten wurde von sämtlichen Kollegen abgelehnt; zum Teil sind daraufhin Entlassungen erfolgt. Verschiedene Kollegen sprachen über interne Angelegenheiten, vergaßen aber, den Kern der Sache zu berühren, unter anderen auch Kollege Knapp. Er hielt ein politisches Referat über die wirtschaftliche Lage in Deutschland, das auf eine Sabotierung der Gewerkschafts- und SPD-Politik hinauslief. Auch der Kollege Brauweiler, der zunächst mit einer gewissen Ironie den Kollegen Gante begrüßte, trat in die Fußstapfen des Kollegen Knapp und warb für die KGD, den Zweck der Versammlung hatten beide ganz vergessen. Kollege Gante nahm sich die beiden Diskussionsredner vor, denn ihr Gerede habe mit Lohnbewegung nichts zu tun. Im Punkt Verschiedenem lag nichts Wesentliches von Bedeutung vor. Auf Vorschlag vom Kollegen Knapp soll nach dem Verhandlungen stattgefunden haben, wieder eine öffentliche Versammlung stattfinden.



Verbandsstreu e

Im Monat März konnten in nachstehenden Zahlstellen die genannten Verbandsmitglieder auf eine mindestens 25jährige ununterbrochene Mitgliedschaft zurückblicken:

- Breslau II:** Paul Kober, Max Preuß, Paul Schröter.
- Dornreichenbach:** Gustav Lohan, Otto Koch, Ernst Maß, Albert Dehmigen, Hermann Müller, Hermann Herzog, Georg Hübner, Bernhard Kluge, Hermann Kluge.
- Elgershausen:** Adam Heine, Johannes Meile, Konrad Schreiber.
- Forst (Lausitz):** Otto Raß.
- Kappelrodek:** Gottfried Biermeier, Paul Kögler.
- Kiel:** Hans Sörnjen.
- Lüneburg:** Friedrich Sommermann.
- Metten:** Franz Eid, Julius Kraus, Joseph Kersch.
- Nieder-Florstadt:** Karl Georg Reiß.
- Niederlamitz:** Joh. Adam Wolf, Lorenz Raitzel, Paul Hertel, Johann Gläsel I, Adam Buchta II, Johann Adam Ullrich, Johann Renter II, Georg Raab.
- Norden:** Franz Schmoll, Ernst Leubner.
- Steinach:** Heinrich Nikolaus Linß.
- Stettin II:** Hermann Mauer, Reinhold Rudolf, Karl Rindfleisch, Wilhelm Schwarz, Rudolf Schwarz, Emil Schimensky, Hermann Balinsky, Robert Köppner, Adolf Lau, Wilhelm Laabs, Ferdinand Woffke, Julius Otto, August Rehmer, Robert Schönherr, Wilhelm Vogt, Reinhold Vogt.
- Strehlen:** Karl Schneider, Karl Scholz, Paul Wiesner, Ernst Schöps, Hermann Bedürftig, Ernst Winkler, Karl Gebauer, Karl Witbe.
- Wittenberg:** Gustav Hesse, Ernst Wust, Wilhelm Hanisch.

Den genannten Kollegen nachträglich die besten Wünsche zu ihrem gewerkschaftlichen Ehrentage.



Kottbus. Konferenz der Steinmehrergruppe des Tarifbezirks Niederlausitz am 29. März. Nicht vertreten sind die Filialen Lübben, Krossen und Zimserwalde. Tagesordnung: 1. Stellenauswahlwahl; 2. Bericht von der Lohnverhandlung und Stellungnahme zum Bezirks- und Reichstarifvertrage; 3. Gewerkschaftliches. Die Gellessenauswahl(Ergänzungs-)Wahl zeitigte folgende Ergebnisse: Durchs Los scheiden aus Koll. Karnitzke und Körner, beide aus Kottbus. Neu gewählt werden Koll. Karl Albert (Guben) als aktives Mitglied und Koll. Wilhelm Pose (Züllichau) als Ersatzmann. Vorsitzender des Gellessenauswahles ist Emil Zü t n e r (Kottbus). Dieser sprach dem Koll. W a r n i k e für seine langjährige Tätigkeit als Altgeselle den Dank der Versammlung aus. Es wird beschlossen, daß die Unkosten für den Gellessenauswahl vom ganzen Bezirk getragen werden. Koll. W i e f f e gibt Bericht von der Lohnverhandlung am 20. März 1931. Die Unternehmer präsentieren einen Lohnabbau von 20 Proz. und außerdem noch Verschlechterungen bei Ueberlandszulage und Wohlfahrt. Die Konferenzteilnehmer protestieren auf das entschiedenste gegen diese Vorschläge und beauftragen die Lohnkommission, diese Forderungen bei der nächsten Lohnverhandlung auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Nach Verlesung des Reichstarifvertrages wird auch dieser von einigen Kollegen kritisiert. Vor allen Dingen wurde auf die unzulänglichen Bestimmungen über Betriebsräte bzw. Obleute in den kleineren Betrieben hingewiesen. Koll. H a r t m a n n (Sora) beantragt, der großen Erwerbslosigkeit wegen verkürzte Arbeitszeit einzuführen. Die nächste Konferenz findet in K r o s s e n statt.

Regensburg. Am 25. März 1931 eine außerordentliche Versammlung. Das Protokoll von der letzten Versammlung wurde ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen. Kollege Neumüller vom Verbandsvorstand referierte über gegenwärtige Wirtschaftsverhältnisse, Lohnabbau, Arbeitszeiterhöhung, Zersplitterung der Gewerkschaften. Kollege Bräu als Leiter der Versammlung dankte im Namen der Zahlstelle dem Referenten für seine Worte, die auch einen tiefen Eindruck hinterlassen haben. Da die Generalversammlung am 17. Januar 1931 scheiterte, war die Neuwahl zurückgestellt worden. Kollege Bräu wies darauf hin, daß von Jahr zu Jahr die Gewinnung von Mitarbeitern in der Zahlstelle Regensburg schlechter geworden ist. Die alten Kollegen sind müde und abgekämpft und die Jungkollegen sind in der heutigen Wirtschaftszeit nicht zu gewinnen. Eher geht alles vor der Gewerkschaft. Durch die Aussprache der Versammelten und Hinweis des Kollegen Neumüller hatte die Wahl folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Augustin Späner, 2. Vorsitzender Max Zellner, 1. Kassierer Johann Späner, 2. Kassierer Franz Gansbiller, 1. Schriftführer Anton Hutterer, 2. Schriftführer Joh. Schmiedmeister, Revisoren K e u s t u h l und M e i e r. Laut Beschluß der Steinmehrer wird das eigenhändige Vorgehen in der Gruppe aufgehoben und die Geschäfte dem ersten Vorsitzenden übertragen. Zum Schluß erwähnte Kollege Neumüller die Anwesenden, stets dem Ruf der Pflicht zu folgen.

Dresden. Der Kollege Kirchhof eröffnete am 28. März 1931 die außerordentliche Versammlung, in der Kollege R i p p e n d o r f Bericht von der Lohnkommission erstattete. Aus den Ausführungen ging hervor, daß die Unternehmer nicht daran denken, von ihren Lohnabbaumaßnahmen von durchschnittlich 33 Prozent abzugehen. Als am 25. März die Verhandlung scheiterte, hat der Gauleiter W i e f f e den Landesrichter anrufen, um in den Streitfall eingzugreifen, wenn keine Einigung zustande kommt, die wurde nicht erzielt, der Landesrichter machte folgenden Vorschlag: in dem Lohngebiete Chemnitz 10 1/10 Prozent, Dresden, Leipzig, Zwickau und Plauen 9 1/10 Prozent, Bautzen 8 1/10 Prozent abzubauen. Dieser Vorschlag soll als Schiedsspruch gelten. In der Aussprache, an der sich ein großer Teil Kollegen beteiligte, wurde dieser Spruch zurückgewiesen. Dadurch kommen wir in eine tariflose Zeit. Die Unternehmer werden versuchen, den Kollegen Revolte zur Unterschrift vorzulegen. Beschlossen wurde, daß kein Kollege den Kebers unterschreibt, sondern sofort den Vorsitzenden sowie die Lohnkommission in Kenntnis setzt, damit weitere Maßnahmen getroffen werden können. Eine Jugendleiterangelegenheit wird dem nichtanwesenden Jugendleiter brieflich übermittelt. Kollege R i p p e n d o r f weist darauf hin, daß es vielleicht möglich ist, Steinmehrer und Kammer nach Rußland in Arbeit zu bringen. Jene Kollegen, die Interesse dafür haben, könnten sich nach Schluß der Versammlung in eine Liste einzeichnen. Gemeldet haben sich 46 Kollegen. Weiter kommt der Fall in Frankenberg zur Sprache. Dort haben 8 Kollegen unter Tarif gearbeitet. Trotzdem dieser Fall schon etliche Versammlungen beschäftigte, geben die Kollegen jetzt erst zu, geübt zu haben, und zwar mit der Begründung, sie hätten den Chemnitzer Tarif nicht so genau gefannt. Eine Ausrede ist auch was wert.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

- 2. Gau:** In Dobrilugt vom Schleifereibetrieb Koppe fernbeiben! — Von Brieg (Bez. Breslau) bleiben Steinmehrer und Kammer fern wegen Maßregelung.
- 3. Gau:** In Leipzig ist es bei folgenden Firmen des Straßenbaues wegen diktatorischer Herabsetzung der Stundenlöhne zum Abwehrstreik gekommen: C. F. Kummig, Nachflgr. Reinhold Weickflog, Emil Ehm, Berger, Otto Friebe, Otto Friedrich, Inh. W. Wassermann, Julius Herm. Hoffmann, Tiefbauamt der Stadt Leipzig. Diese Firmen sind selbstverständlich zu meiden. Zureise nach Leipzig hat zu unterbleiben.
- 4. Gau:** In Bitterfeld ist für Kollegen aus dem Straßenbau die Fa. Hermann Bär wegen Lohnunterschieden gesperrt; ferner in Mücheln (Bez. Halle): Karl Geißler; in Halberstadt sämtliche Steinmehrer; in Merseburg die Firmen Mehnert und Lötter; in Krollau C. Schmidt; in Stendal Adolf Dörlich und Karl Wellmann; in Mühlhausen (Thür.) Wilh. Becker; in Gera haben die Steinmehrer die Arbeit eingestellt. In Freyburg-Laucha sämtliche Steinmehrerbetriebe gesperrt. In Leuna bei Merseburg die Steinmehrfirma Otto Barth.
- 6. Gau:** Die Betriebe der Firma Pflasterstein- und Schotterindustrie Tiefenstein sind zu meiden wegen Maßregelung.
- 7. Gau:** In Metten und Ebenkett en ist die Lohnfrage noch nicht erledigt.
- 11. Gau:** In Rostock stehen Steinmehrer und Berufsgenossen wegen diktatorischer Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer im Abwehrkampf. — In Stralsund ist die Straßenbaufirma Robert Brekenfelder wegen Lohnunterschieden gesperrt. — In Kiel sind sämtliche Betriebe des Steinmehrer- und Straßenbaugewerbes gesperrt wegen Lohnabbau.

Lohnstreit im Steinmehrer- und Straßenbaugewerbe Mitteldeutschlands. Die Funktionäre unseres Verbandes aus dem Gau IV (Sitz Halle) und X (Sitz Hannover) beschäftigten sich am 6. April 1931 mit dem von dem Sonderlichter in Hannover gefällten Lohnschiedsspruch. Bei der Erstattung des Verhandlungsberichtes machten sich äußerst stürmische Kundgebungen gegen den Schiedsspruch geltend. Das dürfte auch vollauf zu verzeichnen sein; denn ein Lohnschiedsspruch, der 11 bzw. 14 Prozent Lohnabbau vorsieht, ist wirklich von empörender Wirkung. Die Funktionäre gaben ihren Anwillen in der nachfolgenden Entschliessung kund:

Die am 6. April 1931 tagende Funktionärkonferenz des mitteldeutschen Vertragsgebietes für das Steinmehrergerwebe lehnt den einen Lohnabbau von 11 und später von 14 Prozent vorstehenden Schiedsspruch mit großer Entrüstung, als untragbar ab. Der von dem Sonderlichter beantragte und von den Unternehmern gestützte Schiedsspruch vom 1. April 1931 ist für die Arbeiterchaft des Steinmehrer- und Straßenbaugewerbes völlig untragbar; in seinen Wirkungen ist er wirtschaftlicher Bolschewismus reinster Art. Nach wie vor stehen die Arbeiter des Steinmehrergerwerbes auf der Grundlage der tarifvertraglichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und beauftragen die Gauleitungen im Sinne der Abänderung dieses untragbaren Schiedsspruches tätig zu sein.

Die Arbeiterchaft des Steinmehrergerwerbes wird nunmehr bemüht sein, an Stelle des nicht tragbaren und unverständlichen Lohnschiedsspruches sich zu betätigen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß sich dieselbe Arbeiterchaft nur nach den Anweisungen ihrer Organisation richtet und alle andern Parolen ablehnt. Steinmehrer und Berufsgenossen, seid auf der Hut. Bewahrt allerwärts Solidarität und lehnt jedes Unternehmerangebot, das den Richtlinien der Organisationsleitungen zuwiderläuft, als unannehmbar ab.

Kiel. Die hiesigen Unternehmer hatten die bestehenden Lohn-tarife zum 31. März 1931 gekündigt. Außerdem im Straßenbaugewerbe den gesamten Tarifstarifvertrag. Da mit den Unternehmern in der Lohnfrage keine Einigung erzielt werden konnte, wurde am 31. März 1931 ein Schiedsspruch gefällt, der einen Lohnabbau von 7 Prozent bzw. 7,7 Prozent vorsah. Dieser Schiedsspruch wurde am 31. März von den Steinmehrer und den Kollegen im Straßenbaugewerbe abgelehnt. Weil die Unternehmer nach diesem Schiedsspruch jede weiteren Verhandlungen ablehnten, wurde in der Branchenversammlung der Steinmehrer und Schleifer am 4. April 1931 beschlossen, die Arbeit bis auf weiteres ruhen zu lassen. In der Branchenversammlung der Steinmehrer und Kammer wurde folgende Entschliessung angenommen: „Die am 7. April 1931 stattgefundene Branchenversammlung nahm nochmals Stellung zu dem am 31. März 1931 abgelehnten Schiedsspruch für das Straßenbaugewerbe, der einen Lohnabbau vorsieht für Steinmehrer und Kammer von 12 Pf. pro Stunde. Da die Unternehmer seit dem 4. April 1931 versuchen, durch Kebers Unterschriften für den Lohnabbau zu erlangen, verurteilt die Versammlung das unfaire Vorgehen der Unternehmer. Um dieses Verlangen der Unternehmer zu durchkreuzen, sieht sich die Versammlung gezwungen, die Arbeit niederzuliegen, um den Lohnabbau zu verhindern.“ Demnach befinden sich die Kieler Kollegen im Kampf. Jeder Jung ist also streng fernzuhalten.

Rundschau

Schwindelhaftes Stellenangebot. Die Reichsstelle für das Auswanderungswesen teilt folgendes mit: In einer Reihe von deutschen Zeitungen des Westens erschien etwa von Mitte März ab folgende Anzeige:

Nach Holland

suchen wir bei einem Stundenlohn von 1,00 bis 1,20 holländischen Gulden:
50-60 Erdarbeiter, 40 Maurer und Betonarbeiter,
20 Schlosser und Installationsarbeiter,
10-12 Schreiner und Zimmerer,
4-6 Borarbeiter bzw. Aufseher,
2 Buchhalter(innen) sowie
5 Kleinlokomotiv- und Kranführer,
10 Chauffeure u. Beifahrer für Personen- u. Lastwagen.
Anmeldungen sofort unter Angabe von Alter, Beruf, letzter Beschäftigung und unter Hinzufügung von 0,30 holländischen Gulden bzw. 0,50 Mark Rückporto an
Niederländische Hoch-, Tief-, Hafen- u. Kanalbau A. V.,
Amsterdam, Geldernschekade 2.

Fahrtpreis wird zur Hälfte vergütet, bedingungsweise im voraus.

Ferner hat das Unternehmen versucht, das Inserat in ostpreussischen, schlesischen und sächsischen Zeitungen anzubringen. Dieser Umstand und der hochtrabende Name des Unternehmens begründeten den dringenden Verdacht, daß der oder die Urheber der Anzeige darauf ausgehen, möglichst viele Bewerbungsschreiben zu erhalten und die Rückportoerträge einzustechen. Dieser Verdacht hat sich schnell bestätigt. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die genannte Firma gar nicht besteht und daß der Urheber der Anzeige in der angegebenen Wohnung nur ein Zimmer gemietet hatte, um die Post dort in Empfang zu nehmen. Etwa 600 Briefe aus Deutschland gingen dort ein. Der Täter ist flüchtig geworden. — Dieser Fall gibt erneut Veranlassung zu dem Hinweis darauf, daß derartige öffentliche Stellenangebote in der Regel nichts anderes bezwecken, als Gutgläubige zu schädigen.

Der Arbeiter und das Buch. In der jetzt vorliegenden Aprilnummer ihrer Mitteilungschrift veröffentlicht die Bücher-gilde Gutenberg die zehn besten Antworten auf die Preisfragen: „Welches unserer Bücher gefällt Ihnen am besten? Und warum?“ Diese Antworten sind nicht nur interessant wegen der Wahl der Bücher, sie beweisen auch, mit welchem feinen Einfühlungsvermögen der lesende Arbeiter den inneren Wert eines Buches nachgeht. — Das Aprilheft der wieder sehr hübsch ausgestatteten „Büchergilde“ enthält im übrigen einführende Artikel über die fünf Neuerscheinungen des 2. Quartals, ferner Erzählungen, Skizzen und eine Plauderrede des Kindes. „Die Büchergilde“ erscheint in einer Auflage von 100 000 und geht den Mitgliedern dieser Gemeinschaft kostenlos zu.

Die Notwendigkeit der Diskontsenkung. Die deutsche Reichsbank hat in der letzten Zeit eine starke Entlastung erfahren. Der Devisenbestand sowie auch der Goldbestand haben zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein beträgt 61 v. H., diejenige durch Gold deckungsfähigen Devisen rund 67 v. H. Die deutsche Reichsbank ist also stark genug, eine Senkung des Diskontsatzes vorzunehmen. Diese Maßnahme würde den Auftrieb der Wirtschaft außerordentlich erleichtern. Man bedenke, daß der Satz des Wechseldiskonts in allen großen Industrieländern bedeutend niedriger liegt als in Deutschland. Man darf erwarten, daß eine Senkung des Diskontsatzes bald vorgenommen wird.

Mobilisierung der Gehirne. Erfindungen und Entdeckungen wurden in dem letzten Jahrzehnt eine Unmenge gemacht. Der Hochstand der Technik ist das Ergebnis dieser emsigen Forschungsarbeit. Doch immer mehr werden die menschlichen Gehirne mobilisiert, um neue Erfindungen den alten hinzuzufügen. Nach der neuesten Statistik des Reichspatentamtes sind im Jahre 1930 78 400 Patentanmeldungen erfolgt. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Zunahme von 5652 zu verzeichnen. Von Jahr zu Jahr fand eine Steigerung statt. Von 1924 bis 1930 ist eine Zunahme von 22 000, und zwar von 56 800 auf 78 400, zu verzeichnen. Ähnlich stark ist die Zunahme der Gebrauchsmusteranmeldungen. 1924 wurden 53 900, 1929 67 300 und 1930 76 200 Gebrauchsmuster angemeldet. Hieron wurden 50 200 in die Gebrauchsmusterrolle eingetragen. Von den im Jahre 1930 erfolgten 78 400 Patentanmeldungen wurden 76 700 als wertvoll genug erachtet, um die Patenterteilung vorzunehmen. Gegenüber 1929 ist eine Zunahme von 6535 Patenterteilungen zu verzeichnen. Wie viele Menschen geben sich harter Geistesarbeit hin, um das Leben zu bereichern und die Arbeit ergiebiger zu machen. Ein lobenswertes Tun! Doch wenn die Menschheit nicht bereichert, sondern nur Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozess

ausgeschaltet werden, dann gereicht diese Erfindertätigkeit nicht zum Segen.

Die Wohnung soll nicht nur eine Schlaf- und Abfütterungsstelle sein. Der vom Reichsministerium des Innern berufene Ausschuss für Bevölkerungsfragen kam in seiner letzten Sitzung bezüglich der Beschaffenheit des Familienheims zu folgender Feststellung: „Das Familienheim darf nicht nur eine Schlaf- und Abfütterungsstelle sein, sondern muß die Möglichkeit bieten, eine mindestens zur Bestandhaltung der Bevölkerung ausreichende Zahl gesunder Kinder aufzuziehen und die körperlichen und geistigen Kräfte der Familienmitglieder zu entwickeln und zu schulen. Hierzu ist das Heim nur imstande, wenn es hinreichenden Raum bietet, den hygienischen Forderungen genügt, wenn Erdnähe vorhanden ist und die Aufwendung für die Benutzung im richtigen Verhältnis zum Gesamteinkommen der Familie steht. Hochbauten und Zusammendrängen einer größeren Zahl von Familien in einem Bau erschweren oder verhindern die Erfüllung dieser Aufgaben, Flachbauten mit dem Ziel des Eigenheims fördern sie. Die Erstellung von Kleinwohnungen sollte unter Berücksichtigung der Möglichkeit der späteren Vergrößerung — Zusammenlegung — vorgenommen werden.“

D käme erst die Zeit, wo diese Forderungen, die eigentlich selbstverständlich sein sollten, verwirklicht werden können. Wenn hier die größere Bedeutung der Flachbauten hervorgehoben wird, so dürfte noch folgende Feststellung von Interesse sein: In Berlin waren 1924 22,3, 1925 27,3, 1927 8,3 und 1930 4,5 v. H. der erstellten Neubauwohnungen in Flachbauten. Hieran kann man ersehen, daß die Zahl der Flachbauten ständig zurückgegangen ist. Trotz alledem ist und bleibt die Wohnungsfrage eine wichtige Angelegenheit nicht nur bezüglich der Bevölkerungstheorie, sondern auch der gesamten Wirtschaft.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

Die Wirkung des Kaufkraftausfalls. Im Monat Februar standen die Warenhausumsätze um 17 v. H. unter denen des gleichen Monats im Vorjahr. Besonders in den Abteilungen für Bekleidung war die Umsatzminderung fühlbar. In den 12 Monaten März 1930 bis Februar 1931 lagen die gesamten Warenhausumsätze um rund 9 v. H. unter Vorjahreshöhe. Diese Entwicklung hat ihre Ursache in dem Ausfall an Kaufkraft, hervorgerufen durch Lohn- und Gehaltsabzüge und die Arbeitslosigkeit. Warenumschlag und Produktion werden niedrig gehalten, weil es an Absatz fehlt, und trotzdem ist ein großer Bedarf vorhanden.

Die angelegte Steuerfreiheit der sozialen Baubetriebe. Die oft in der Presse und auch in den Parlamenten behauptete Steuerfreiheit wird durch die in Nummer 7 der „Sozialen Bauwirtschaft“ veröffentlichten Steuerstatistik des Verbandes sozialer Baubetriebe für das Jahr 1930 wieder einmal widerlegt. Nach dieser Statistik sind von den sozialen Baubetrieben im Jahre 1930 rund 2,5 Millionen RM. Steuern gezahlt worden. Für die Jahre 1925 bis 1930 kommt die stattliche Steuersumme von über 10 Millionen RM. zusammen. Angesichts dieser Zahlen wird nur Böswilligkeit von einer Steuerbegünstigung der sozialen Baubetriebe sprechen können.

Die im gleichen Heft abgedruckte Beschäftigten- und Lohnstatistik der im Verband sozialer Baubetriebe vereinigten Betriebe zeigt für den Monat Februar 1931 gegenüber dem gleichen Monat des Jahres 1930 einen Beschäftigtenrückgang von 29,5 v. H. und einen Rückgang der Lohnsummen von 43 v. H. Der stärkere Rückgang der Lohnsummen ist auf die Einschränkung der 40-Stundenwoche bei einem großen Teil der Bauhüttenbetriebe zurückzuführen. — Von dem tiefen Ernst, mit der die Bauhüttenarbeit von den Betriebsleitern aufgefaßt wird, zeugt ein Aufsatz des Geschäftsführers Franz Briel von der Hamburger Bauhütte, „Bauwoh!“ über die Aufgaben eines Geschäftsführers in den sozialen Baubetrieben. — In zwei kürzeren Abhandlungen wird die Unmöglichkeit einer nennenswerten Baukostenverbilligung durch Lohnsenkung nachgewiesen und zur Milderung der Arbeitslosigkeit ein Weg gezeigt, der zur Einstellung von wohlfahrtserwerbslosen Bauarbeitern führen könnte. — Architekt Kurowski stellt in seinem Aufsatz über das Manohaus die Baukosten des Stockwerkhäuses den Kosten für das treppenlose Reihenhaus gegenüber. Der Bau einer Wohnung von gleicher Wohnfläche kostet im Stockwerkhäus 13,81 v. H. mehr als im Planerchenhaus.

Bücher und Zeitschriften

Otto Mänschen-Selfen: **Reise ins asiatische Tuwa.** 172 Seiten Großformat. Halblein. Mit 28 Photographien. Einbandentwurf und typographische Ausstattung von Jan Tschichold. München. Verlag: Der Buchvertrieb, G. m. b. H., Berlin SW. 61. Preis 4,80 Mk.

Schon Titel und Einband locken. Das geheimnisvolle, unruhige Asien übt ja auf uns eine unwiderstehliche Anziehungskraft aus. Dr. Otto Mänschen-Selfen wurde 1927 Leiter der Soziologischen Abteilung des Marx-Engels-Institutes in Moskau. Als davon gesprochen wird, eine wissenschaftliche Studienkommission nach dem herkömmlich abgeschlossenen Tuwa zu entsenden, bemüht sich Mänschen mit aller Energie daran als Abfertiger teilnehmen zu können. Mänschen's Schwierigkeiten erheben sich. Schließlich erhält er 1929 doch Genehmigung und Reisepaß. Im Sommer und Herbst 1929 durchforstet er Tuwa und kehrt nach Rußland zurück, um es bald darauf zu verlassen. — Der ursprüngliche Zweck der Forschungsreise waren religionswissenschaftliche Studien. Außerdem wollte Mänschen in Tuwa Festsicherungen aufnehmen. Aber in Tuwa selbst erweiterte sich der Umfang seiner Beobachtungen. So geht denn auch der Inhalt seines Reisebuches weit darüber hinaus. Er stellt in ihm Tuwa, ein Land von der Größe eines Drittels von Deutschland, von allen Seiten dar. Er gibt eine vollständige Aufnahme des Landes, von Wirtschaft, Gesellschaft, Religion und Geschichte. Der Ausgangspunkt bildet dabei immer, was er auf seiner Reise gesehen und erlebt hat. Der Stil des Wertes ist äußerst lebendig; bei aller Wissenschaftlichkeit vermeidet es trodene Fachsprache.

Zwanzig Jahre vor Mänschen hatte der letzte Europäer, ein Engländer, Tuwa betreten. Das Land liegt in einem mächtigen Tal zwischen dem Herzen Sibiriens, zwischen der Baikalsee und den Sajaniischen Bergen. Tuwa ist isolierter als eine Kumpfkammer der Menschheitsgeschichte. Es ist wahrscheinlich die Urheimat der Türken und Sinnen. Dort wurde das erste Haus, das Kenntler, gezähmt, und noch heute sind die Tuwiner in dem an Sibirien angrenzenden Gebiet Kenntlernomad und Jäger ohne Ackerbau. Vor den Tuwinern haben andere Völker dort gelebt und Zeugnisse ihres Daseins hinterlassen, Festsicherungen und riesige Friedhöfe mit den Stein-Menschen, deren einer auf dem Einband abgebildet ist. Viele Rätsel sind hier für die Wissenschaft noch zu lösen. Monatslang freilich Mänschen zu Pferde durch das Land, feste in den Furchen der Wanderwege, besuchte Kamaklöcher, studierte den alten Seidenglauben (Schamanismus), erloschene Höhlen- und Festsicherungen usw. — Aber neben dem Veltösten steht Neufest. Denn Tuwa, bis 1912 ein Teil Chinas, dann jahrelang japanisch und hergerissen, ist heute eine selbständige Volksrepublik! Tatsächlich ist Tuwa eine Kolonie Sowjetrußlands, und politisch, wirtschaftlich und geistig von ihm abhängig. Mänschen betrachtet diese kolonialistische Tätigkeit mit sehr kritischen Augen, ohne dabei das Gute zu verschweigen, das sie den Tuwinern gebracht hat.

Das Buch schließt mit einem tiefgründigen Ausblick in die ungewisse Zukunft des armen Tuwa. Hat doch China mehr auf die Mongolei nach auf Tuwa endgültig verzichtet! — Mänschen's Reisebericht, dem viele prächtige photographische Aufnahmen beigegeben sind, bietet nach den verschiedensten Richtungen hin eine Fülle des Interessanten. Es bereichert unser Wissen über Vergangenes und Gegenwärtiges, und das in der denkbar unterhaltsamsten Art. Es gibt nicht allzuwiele Bücher, denen das gegeben ist, und darum kann es empfohlen werden.

Ein neues Indienbuch. Raum ein anderes Ereignis steht so im Interesse der Welt, wie die revolutionäre Bewegung, die seit dem Weltkrieg durch Indien geht. Der im Lande der Brahmanen eingezogene Kapitalismus hat in Indien das Banner der nationalen Einheit aufgepflanzt. Religionen, Rajseigentümlichkeiten, Kasten und Jahrhunderte alte Bräute werden in den Schmelztiegel der indischen Freiheitsbewegung geworfen. Neben dem Tischtuch der Dichtung wachsen riesige Hüntenwerke aus dem Boden, am heiligen Ganges rauchen Textilfabriken, und in das Märchenbild europäischer Vorstellungen von Indien tritt der ausgebildete und rebellische indische Proletariat.

Von diesem Indien erfahren wir durch ein neues Buch der Büchergilde Gutenberg: „Indien, das Brahmanenland im Frühlicht“, in 2 Bänden 3. März, mit vielen Bildern. Der Verfasser dieser Feuerrechnung ist Dr. Kurt Wiegand, der Indien aus eigener Anschauung kennt, als er sich einer englischen Arbeiterdelegation nach Indien angeschlossen. Seine vielseitigen Sprachkenntnisse gestatten es ihm, sich mehr indisch als in die Zukunft des Indiens zu verhaften, als es in der Wege einer Delegation möglich ist. Es gelang ihm, ein ungeheures Material zusammenzutragen. Aber es gelang ihm auch, dieses Material klar und anschaulich zu gestalten. Vor dem jugendlichen Hintergrund aus fremder Landschaft, alten Kulturen und buntem Volksgemisch verarmt sich ein reiches Volk um seine Führer, bilden sich Gewerkschaften und Arbeiterparteien, revolutionäre Gruppen und Massenverbände.

Die Bedeutung des Buches ist schon deshalb groß, weil die meisten Veröffentlichungen über Indien englischsprachig sind und also nach dem Tatsachenstand zu verhalten. Kurt Wiegand spricht aus, was er als wahr erkannt hat. Das Buch wird über Deutschland hinaus Beachtung finden.

Der Vorläufer des Sowjets. Es wird viele Gemerkschafter überraschen, daß der als Statistiker des IOWA bekannte Genosse Wladimir Wosninski hier als Erzähler hervortritt. Die Büchergilde Gutenberg, Berlin, hat ein interessantes Buch von ihm herausgebracht: „Der erste Sturm“, Erinnerungen aus der russischen Revolution 1905 (vorzüglich ausgestattet in 2 Bänden 3. März). Als die Revolution von 1905 begann, weilte der Verfasser im Ausland. Er eilte sofort nach Petersburg. Die Salbe auf die Demonstration vor dem Petersburger Jarenskiplatz hatte die gesamte Arbeiterklasse mobilisiert. Das Antriebsproletariat legte sich an die Spitze der revolutionären Bewegung. Die Sozialisten wurden zu Verleumdungsopfern, ein Generalstreik brach aus, ein Sowjet wurde gebildet. Aber trotz aller heldenhaften Aufopferung endete der Kampf mit einem Scheitern. Die Sozialisten für die Revolution gewinnen mußten, und sie zögerten nicht, daß sie die Säulen für die Revolution zu geben. Am Anfang ließ sich alles gut an, aber bald mußten sie bemerken, daß sie gegen völlig anderen Welt gegenüberstanden. Die von ihnen vertretenen Interessen und von ihnen geistlichen ausgehenden Bauern nahmen die Agitatoren schließlich gefangen, schlugen sie halbtot und gaben sie gefesselt, wenn nicht Militär eingeschritten wäre. Sowjetlich kam einigermaßen glimpflich davon. Aber die Revolution war schlagartig. Der gelamete Sowjet wurde zerstört und ein neuer Zustand wurde niedergebaut. Der Zarismus hatte den ersten Sturm der Proletariat abgeblasen. Immerhin, er hatte einen heillosen Schrecken bekommen. Er ahnte den Gegner, der ihn bald vom Erdboden wegweisen sollte. Das lebendig geschriebene Buch ist eine wertvolle Bereicherung der Literatur über Rußland. Wir gratulieren Wosninski und der Büchergilde zu der Neuerscheinung.

Oskar Wöhrle: Der Baldamus und seine Streiche. Roman. Neue, verbesserte, endgültige Fassung. 2 Bände in 10 Hefen. 92. bis 100. Tausend. 1931. Einband und Typographie: Jan Tschichold. München. 224 Seiten. Ganzleinen. Verlag: Der Buchvertrieb, G. m. b. H., Berlin SW. 61. Preis 4,80 Mk.

Der Erzähler Wöhrle erzählt in dem Roman die Geschichte seiner eigenen ungebärdigen Jugend. Nach dem Bruch mit dem Elternhaus und dem bürgerlichen Beruf — er soll Schmelzeier werden — verläßt sich der Baldamus zunächst in allererster Linie auf die eigene Kraft. Natürlich hält er es nirgends lange aus und so zieht er schließlich als hilfloser Kunde los. Er kommt zwar weit in Europa umher, muß aber überall feststellen: auch im Ausland ist es nicht anders eingestrichelt als im bürgerlichen; der eigene Vorteil entscheidet. Zuletzt läßt er sich für die Fremdenlegen anwerben. Selbstverständlich bezieht er, und nach irden Kreuz- und Querfahrten kehrt der verlorene Sohn in die Heimat zurück. Diese kurze Inhaltsangabe könnte dazu verleiten, den „Baldamus“ als einen der zahllosen unheimlichen Kundenromane beiseitezulieben. Das wäre grundfalsch. Ebeniowenig ist er nur ein heiterer Unterhaltungsroman für Muffelnden, obwohl der Baldamus in allen Lebenslagen seinen alemannischen Humor behält. Gerade die Eigenwilligkeit und Widerborstigkeit dieses aufrechten Kerls, sein zäher Kampf gegen die rohe Hebermacht der Obrigkeiten finden unsere Sympathie, beweisen uns, daß in diesem jungen Menschen unter der rauhen Schale ein gesunder männlicher Kern steck.

Dieser autobiographische Roman ist ein Griff ins volle Menschenleben. Wir sollten ihm, jung und alt, einen Ehrenplatz in unserer Bücherei einräumen.

Anzeigen

Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl,
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge
für den Straßenbau liefert
auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G.

Spareinlagen von 1 RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postcheckkonto Berlin 3998, in den Filialen Bremen, Postcheckkonto Bremen 33284, Breslau, Postcheckkonto Breslau 414, Dresden, Postcheckkonto Dresden 11092, Frankfurt a. M., Postcheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postcheckkonto Hamburg 32550, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

- Pforzheim.** Am 8. März der Sandsteinmetz Wilhelm AgaBe, 46 Jahre alt, Staublunge.
- Langenlheim.** Am 23. März der Schleifer Math. Rieger, 72 Jahre alt, Altersschwäche.
- Goldap.** Am 24. März der Hilfsarbeiter August Stachel, 54 Jahre alt, 4 Tage krank, Gehirnentzündung.
- Löbau.** Am 28. März der Schleifer Hermann Adler, 58 Jahre alt, 4 Monate krank, Magenkrebs.
- Bonn.** Am 1. April der Steinmetz Heinrich Schmitz, 52 Jahre alt, 3 Jahre lungenleidend.
- Häslitz.** Am 4. April der Granitsteinmetz Heinrich Elsner, 56 Jahre alt, 5 Wochen krank, Unfallverletzung.
- Meißen.** Am 4. April der Sandsteinmetz Franz Kießling, 59 Jahre alt, Lungenschlag.
- Speyer.** Am 4. April der Sandsteinmetz Josef Bartmann, 53 Jahre alt, 9 Monate krank, Staublunge.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Stebold. Verlag: Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen.

- Sonnabend, 18. April:
In Zittau um 14 Uhr im Volkshaus.
- Sonntag, 19. April:
In Potsdam um 10 Uhr im Volkshaus.
In Essen um 10 Uhr bei F. J. Müller (Bücherkontrolle).
In Mainz um 9.30 Uhr im „Goldenen Pflug“ Volkerversammlung.
- Sonntag, 27. April:
In Kreuznach um 10 Uhr im „Mainzer Rad“, früher Schillingshof.

Hirschberg (Schle.) Hiesige Unternehmer suchen auswärts Steinmehrn, während die ortsanfässigen Kollegen Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung begehren. Auch die Lohnfrage ist noch nicht geregelt. Deshalb ist Zugang unerwünscht.

Stendal. Zur Beachtung, daß der Steinseker Richard Wolf, geb. am 21. Juli 1908 in Schwarzenhagen, Kreis Stendal, sein Verbandsbuch abgegeben hat und bei der Firma K. Wellmann als Streikbrecher arbeitet.

Deßau. Der Steinseker Albert Holze, geb. am 7. Mai 1896 in Hohendodeleben, wird um seine Adresse gebeten an Kassierer P. Höhne, Amalienstraße 59, II.

Adressenänderungen

- Gau: Stuhm (Weipr.).** Vorj.: Franz Schowunkowski, Postlin Kreis Stuhm (Weipr.). Raff.: Alfons Wiskniewski, Weipr.berger, Kreis Stuhm (Weipr.).
- Gau: Breslau I.** Raff.: Karl Vogt, Breslau I, Königsgräber Straße, 6, Telefon 245 85. — **Striegau.** Raff.: Fritz Wagner, Promenade 3, Telefon 266 (Volkshaus).
- Gau: Naundorf.** Vorj.: Bernhard Fider. — **Plauen i. V.** Sektionsleiter der Steinseker: E. Ponz, Schillerstr. 36E.
- Gau: Bochum.** Raff.: Hans Strulka, Josefstraße 42.
- Gau: Lautenthal (Harz).** Vorj. u. Raff.: Fritz Oberbeck, Hinterstraße 202. — **Weidenhau.** Raff.: Postbezeichnung: Eichwege-Vand. — **Wiegendorf.** Vorj.: Gustav Otte III, Bauernstraße 107.

Briefkasten

Was besteht das Recht des Einpruchs? Bekanntlich kann gegen Kündigung beim Arbeiterrat Einspruch eingelegt werden. Dieses Einpruchsrecht besteht jedoch nicht in Betrieben, die politischen, gewerkschaftlichen, militärischen, konfessionellen, wissenschaftlichen, künstlerischen und ähnlichen Bestrebungen dienen. Es besteht ferner nicht bei Entlassungen, die auf einer gesetzlichen oder tarifvertraglichen oder durch Beschluß des Arbeitsgerichts auferlegten Verpflichtung beruhen und bei Entlassungen, die durch die gängliche oder teilweise Stilllegung des Betriebs erforderlich werden.

Beschäftigungsdauer der Arbeiterinnen. Arbeiterinnen dürfen nicht in der Nachzeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und am Sonnabend sowie an Vorabenden der Feiertage nicht nach 5 Uhr nachmittags beschäftigt werden. Die Beschäftigung darf die Dauer von 10 Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage von 8 Stunden, nicht überschreiten. Zwischen den Arbeitsstunden muß den Arbeiterinnen eine mindestens einstündige Mittagspause gewährt werden. Nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit ist eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden zu gewähren. Arbeiterinnen, die ein Hauswesen zu besorgen haben, sind auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen, sofern diese nicht mindestens 1½ Stunde beträgt. Arbeiterinnen dürfen nicht in Koffereien und nicht zum Transport von Materialien bei Bauten aller Art verwendet werden.

Zurückbehaltung der Invalidentarte? Niemand darf, so bestimmt § 1425 der Reichsversicherungsordnung, eine Quittungsurkunde wider den Willen des Inhabers zurückbehalten. Dies gilt nicht für die zuständigen Stellen, wenn sie die Karten zu Zwecken des Umsatzes usw. zurückbehalten. Wer Karten entgegen der Vorschrift zurückbehält, ist dem Berechtigten für Nachteile hieraus verantwortlich. Die Ortspolizeibehörde nimmt die Karte ab und händigt sie dem Berechtigten aus.

Wieviel erbt der Chemann beim Tode der Frau? Ist die Ehe kinderlos gewesen oder sind Kinder nicht mehr am Leben, so ist der überlebende Ehegatte neben den Eltern oder Großeltern des Erblassers zur Hälfte der Erbschaft als gesetzliche Erbe berufen. In diesem Falle gebühren ihm außer dem Erbteile die zum ehelichen Haushalte gehörenden Gegenstände, soweit sie nicht Zubehör eines Grundstückes sind und die Hochzeitsgeschenke als „Voraus“. Sind dagegen Kinder vorhanden, so ist der überlebende Ehegatte zu einem Viertel der Erbschaft als gesetzliche Erbe berufen.

Wie hoch ist die Waisenrente? Die Waisenrente in der Invalidenversicherung besteht aus drei verschiedenen Beträgen. Der Reichszuschuß beträgt jährlich 36 Mark. Der Anteil der Versicherungsanstalt beträgt bei Waisenrenten für jede Waise fünf Zehntel des Grundbetrages (also die Hälfte von 168 Mark) und des Steigerungsbetrages der Invalidenrente.

Die Ersatzpflicht des Autohalters bei Wegeunfällen

Nach jahrzehntelangen Bemühungen der SPD und der freien Gewerkschaften wurde im Jahre 1925 endlich erreicht, daß der Weg nach und von der Arbeit in der gesetzlichen Unfallversicherung als zum Betriebe gehörend gilt.

Gemeldet wurden z. B. im Jahre 1929 bei den Trägern der Unfallversicherung 71.904 Wegeunfälle. Das waren 5,11 Prozent aller zur Anmeldung gekommenen Betriebsunfälle.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht über die Vermehrung dieser Transportmittel interessante Zahlen. Danach waren vorhanden:

Table with 6 columns: Am 1. Juli im Jahre, Personenkraftwagen, Kraftwagen, Sonstige Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuge insgesamt. Rows for years 1914, 1925, 1930.

Die Zahlen für das Jahr 1914 gelten für das damalige größere Reichsgebiet und beruhen auf Schätzung. Unter „Sonstige Kraftfahrzeuge“ fallen Zugmaschinen (eiserne Pferde) und die Kraftfahrzeuge für Feuerlöschzwecke und Straßenreinigung.

Würde die Zusammenstellung auch die Zahl der Fahrräder noch angeben, so würde die Vermehrung der nicht an Schienen gebundenen Verkehrsmittel seit dem Jahre 1914 bzw. seit dem Jahre 1925 in der obigen Statistik noch viel augenscheinlicher zum Ausdruck gekommen sein.

Der § 898 der Reichsversicherungsordnung schließt eine Schadenersatzklage nur gegen den Arbeitgeber und dessen Angestellte aus. Ist der Tod oder die Verletzung aber durch eine betriebsfremde Person verursacht worden, so ist eine Schadenersatzklage der Hinterbliebenen oder des Verletzten gegen diese möglich.

fallen aber nicht die Kleinkrafttrader mit Antriebsverbrennungsmotoren, wenn deren Hubraum nicht mehr als 200 Kubikzentimeter beträgt.

Der Ersatzberechtigte verliert die aus dem Autogeseh sich ergebenden Rechte, wenn er nicht spätestens innerhalb zweier Monate, nachdem er von dem Unfall und der Person des Ersatzpflichtigen Kenntnis erhalten hat, dem Ersatzpflichtigen den Unfall anzeigt.

Wird bei dem Betrieb eines Kraftfahrzeuges ein Mensch getötet, der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist der Halter des Fahrzeuges verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

Benutzt jemand das Fahrzeug ohne Wissen und Willen des Fahrzeughalters, so ist er an Stelle des Halters zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Daneben bleibt der Halter zum Ersatz des Schadens verpflichtet, wenn die Benutzung des Fahrzeuges durch sein Verschulden ermöglicht worden ist.

Juristisch bedeutet diese Bestimmung, daß die Ersatzpflicht des Autohalters bzw. des Autobesitzers nur dann ausgeschlossen sein soll, wenn er, d. h. der Autobesitzer, durch Zeugen und mit anderen Mitteln nachweisen kann, daß ihn und seinen Chauffeur nicht das geringste fahrlässige Verschulden trifft.

Praktisch ist der gewöhnliche Verlauf nach Autounfällen der, daß zunächst der Staatsanwalt die offizielle Klage gegen den Chauffeur wegen Fahrlässigkeit erhebt. Befürchtet der Ersatzberechtigte nun, daß Staatsanwalt und Richter die Schuld des Autoführers nicht hinreichend scharf genug unterzuchen würden, so kann er sich in der ersten Instanz dem Strafprozeß als Nebenkläger anschließen und als solcher notfalls gegen ein freisprechendes Urteil Berufung einlegen.

Wird eine Schadenersatzklage eingereicht, so ist es in allen Fällen richtig, nicht nur den Chauffeur, sondern auch den Besitzer des Autos zu verklagen. Solche Klagen kosten aber in der Regel viel Geld und können von dem einfachen Arbeiter nur mit Hilfe des Armenrechts durchgeführt werden.

Das Doppelgesicht der Nazis

Die Führer der Nationalsozialisten wissen nicht mehr, wie sie sich drehen und wenden sollen, um ihr wahres Gesicht zu verdecken. Sie patkieren mit dem Unternehmertum, möchten aber ihrem Arbeiteranhang davon nichts wissen lassen.

Den Herren Führern dieser „Arbeiterpartei“ sind diese Feststellungen sehr unbequem, und sie geben sich die größte Mühe, ihr Doppelgesicht zu wahren. Aber es nützt ihnen nichts mehr. Immer mehr entlarzt sich diese „Arbeiterpartei“ als eine Partei, die im Dienste des Unternehmertums steht.

„Im Anschluß an den Vortragsabend am 20. Oktober 1930 im Hotel Bristol in Dresden ist mir nahegelegt worden, die Verbindung mit den Führern der Wirtschaft auf folgende Weise aufrechtzuerhalten und auszubauen:

1. Der unter meiner Leitung stehende „Wirtschaftspolitische Pressedienst“ gibt die „Nationalsozialistische Wirtschaftskorrespondenz“ heraus, von der das 4., 5. und 6. Heft in der Anlage mitfolgt.

Die Anregung geht dahin, daß in dieser Korrespondenz alle diejenigen Fragen beantwortet werden sollen, die mir aus der Wirtschaft zu gehen. Sollte die Beantwortung für die Korrespondenz ungeeignet erscheinen, so soll sie brieflich erfolgen.

Ich gebe diese Anregungen weiter und erkläre mit Genehmigung Adolf Hitlers mein Einverständnis zu diesen Vorschlägen.

Ich glaube, daß auf diese Weise eine gedeihliche Zusammenarbeit unserer Bewegung mit den Führern der Industrie zum Wohl der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes am besten gesichert ist.

Will man noch mehr Beweise? Man bietet den Unternehmern an, daß man sich mit ihnen im kleinen Kreise besprechen und zusammenarbeiten will. Die Zusammenarbeit soll die Grundlage geben für Anträge, die die Nazis in den Parlamenten stellen.

Im Zusammenhang hiermit sei auch ein Schreiben mitgeteilt, das das Sächsische Landessekretariat der Naziapartei an einen Unternehmer in Weimar gerichtet hat:

„Zu Ihrer Bemerkung betr. sozialistische Arbeiterbewegung, Antikapitalismus und wie Sie sich dann noch ausdrücken, wollen wir Ihnen mitteilen:

Lassen Sie sich doch nicht immer von dem Text unserer öffentlichen Plakate beirren — der Zweck heiligt doch die Mittel. Seien Sie versichert, mein verehrter Herr Direktor, wenn Ihnen um Ihre Zukunft bange ist bezüglich Ihres zur Zeit schwankenden Unternehmens, dann sind Sie nirgends besser geborgen, als bei unserer Naziapartei.

Deutlicher kann man nicht werden. Man gebraucht die radikalen Phrasen, um die Arbeiter damit dumm zu machen. Es sind Schlagworte, womit man Arbeiter einzufangen will. Die Unternehmer haben nichts zu befürchten, ihnen wird es im Dritten Reich sehr gut gehen, woran wir nicht zweifeln.

Erwerbslosigkeit und Prostitution

Die Arbeitslosigkeit ist nicht nur eine wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheit, sondern auch eine kulturelle. Es ist gar nicht auszudenken, welche wertvollen Kräfte durch diese Wirtschaftskatastrophen zerstört werden.

„Sie ist 22 Jahre alt, Kontoristin, seit zwei Jahren arbeitslos, ohne Hoffnung wieder Arbeit zu bekommen, sie steht allein, der Vater ist arbeitslos, die Mutter verdient nichts, sie wohnt schon auf einem fremden Zimmer, weil die Eltern Schlafburden nehmen müssen.“

Wer wollte nicht verkennen, welche Folgen sich hieraus ergeben. Doch nicht nur für die Lebende, sondern auch für die kommende Generation. Die Kinder der Arbeitslosen werden in nicht geringem Maße von den Folgeerscheinungen beeinflusst.

Die amerikanischen Arbeiter in russischen Betrieben

Der Berliner Vertreter der „New York Evening Post“, S. R. Knickerbocker, hat sich zwei Jahre in Rußland aufgehalten und dort die Verhältnisse eingehend studiert. In dem soeben erschienenen Buche „Der rote Handel droht“ faßt der Amerikaner seine Eindrücke zusammen.

Der Berliner Vertreter der „New York Evening Post“, S. R. Knickerbocker, hat sich zwei Jahre in Rußland aufgehalten und dort die Verhältnisse eingehend studiert. In dem soeben erschienenen Buche „Der rote Handel droht“ faßt der Amerikaner seine Eindrücke zusammen.

Bezüglich der Eignung des Russen als Fabrikarbeiter heben die Amerikaner den völligen Mangel an technischer Erfahrung hervor. „Die meisten Russen haben, bevor sie in die Fabrik auf Arbeit gingen, noch nie eine Maschine berührt oder gesehen.“

Neue Bücher und Zeitschriften

„Hilt Arbeitsdienpflicht gegen Arbeitslosigkeit? Schupp, Leipzig — Surrah“ Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin, 1931. 16 Seiten mit Illustrationen und kartoniertem, farbigem Umschlag. Preis 20 Pfennig.

Das Seute der proletarischen Aktion — Geminnisse und Wandlungen im Klassenkampf, von Dr. A. Gurland. Großformat, Preis brosch. 2,50 Mk., Leinen 3,60 Mk., Orig.-Ausgabe 2,70 Mk. E. Raubische Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W. 30.

Gurland zeigt die Zwangslagen der geschichtlichen Situation, aus denen sich so viele Arbeiterlagen des Proletariats ergeben haben, er zeigt die Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe auf die seelische und kulturelle Haltung der Arbeitermassen.

Gewerkschaften und Nationalsozialismus. Von Bernhard Düwells. Schriftenreihe „Sozialistische Zeitschriften“, Umfang 32 Seiten. Großformat. Preis 40 Pf. E. Raubische Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W. 30.

Der Verfasser bringt den Beweis für die proletaristische Wirtschaftsbiologie der NSDAP, wie sie nicht nur ihre politische Praxis herausstellt, sondern auch die theoretische Formulierung derselben, dessen Hauptforderungen nahezu wörtlich in den Vorkäufen des bekannten Unternehmerrichters Dr. Alexander Zille, entnommen wurden.

Dmitri I. Tschewerikow: Die Rebellion des Ingenieurs Karinski. Roman. Autorisierte Uebersetzung aus dem Russischen von Nina Stein. 1931. Einbandkarton mit Zappograph. Jan Schöningh, München. 245 Seiten. Ganzleinen. Verlag: „Der Bücherkreis“ G. m. b. H., Berlin SW. 61. Preis 4,50 Mk.

Nach den vielen Romanen, die den Widerstand und den Kampfplan behandeln, kommt hier aus Sowjet-Rußland endlich ein Roman mit einem anderen Handlungsverlauf. Eigenlich werden darin zwei Themen angefaßt.

Die Uebersetzung liegt hier wie eine Originalabdruck. Der Stil des Wertes ist leicht und flüssig. Besonders unsere Frauen werden dem Inhalt der Hauptbegebenheiten in dem neuen Buchkreis-Band mit Anteilnahme und in größter Spannung folgen.

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne verweigern?

Unterhaltungsbrocken

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Nichts lockert mehr der Neigung garie Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Die Meinungen um den Geburtenrückgang

Raum ist das neue Buch vom Genossen Kahn in Frankfurt: Der internationale Geburtenstreik, erschienen und schon erhebt sich der Streit um den nun einmal nicht mehr zu leugnenden Geburtenrückgang von neuem. Zufällig trat der römische Papst fast gleichzeitig mit Kahn in die Öffentlichkeit, so daß die neue Periode des Meinungsaustrausches durch eine offizielle kirchliche Äußerung bereichert wurde. Die Kirche legte hiermit noch einmal klar, daß sie an irgendwelchen Reformen nicht mitarbeiten will, und daß es für sie nur eine Lösung des Geburtenproblems gebe, nämlich den alten Satz: Seid fruchtbar und mehret euch! Geburtenkontrolle, Abtreibung der Frucht unter gewissen Voraussetzungen, freiere Gestaltung der Liebesbeziehungen wurden klipp und klar abgelehnt. Damit scheidet die kirchliche Seite aus dem Meinungsstreite aus, denn hier kann kein Reden oder Ueberzeugen helfen.

Der Genosse Kahn hat in seinem Buche die Meinung vertreten, daß der Glaube an eine Verbindung von großer Volkszahl und Volkswohl sich nur vom militärischen Gesichtspunkte aus oder vom Standpunkte des Unternehmers, der ein Interesse an einem billigen Arbeiterheer habe, rechtfertigen ließe. Kahn sagt: wenn wir überhaupt Bevölkerungspolitik treiben wollen, muß der Staat sich die Aufgabe stellen, die Menschenzahl auf eine gewisse Höhe zu bringen oder auf dieser zu halten. Aber soll man heute, wo die Welt so überfüllt ist, Maßnahmen treffen, um die Geburtenzahl zu heben? Auf welcher Bevölkerungszahl soll Deutschland stabilisiert werden und wann müssen die entsprechenden Maßnahmen wirksam in Angriff genommen werden?

Kahn gibt zunächst die tatsächlichen Unterlagen: zur Erhaltung des augenblicklichen Bevölkerungszustandes wären in Deutschland und wohl auch in den anderen mitteleuropäischen Ländern eine durchschnittliche Kinderzahl von 3 erforderlich. In Deutschland waren es schon 1929 nur 1,9. Wenn wir heute noch trotzdem einen beträchtlichen Ueberschuß zu verzeichnen haben, so nur deshalb, weil der Altersbau der Bevölkerung augenblicklich sehr unnormal ist: rund 12½ Millionen gegen 9½ Millionen vor dem Kriege waren 1930 zwischen zwanzig und dreißig Jahren, also im Heiratsalter. Die Folge hiervon ist, daß es weniger Ehen in diesem entscheidenden Alter gibt.

Als Gründe für die ganze Entwicklung sieht Kahn an: 1. die wirtschaftliche Not und die gestiegenen Lebensansprüche der Menschen, 2. das Verantwortungsbewußtsein der Menschen ist gewachsen, man will weniger Kinder, aber dafür den Kindern eine gute Erziehung angedeihen lassen, 3. die immer weiter verbreitete Kenntnis von den empfindnisverhüttenden Mitteln, 4. die Emanzipation der Frau, die nicht allein mehr alle Lasten des Liebeslebens tragen will und deshalb ihre Mutterpflichten einschränkt.

Kahn behauptet alle diese aufgezählten Gründe, und vom sozialistischen Standpunkt aus muß man sie natürlich bejahen. Zumal vor allem das Proletariat die Gebärmaschine der bürgerlichen Gesellschaft gewesen ist. Die Bürger waren immer so schlau, nur ein oder zwei Kinder zu erziehen, man hoffte, daß die Arbeiterkluft schon fürs Vaterland zeugen würde: der Kaiser braucht Soldaten.

Die Gegner dieser Entwicklung führen seit einiger Zeit ein neues Beweismittel ins Feld. Wie schon gesagt verzieht sich die Eheschließung immer mehr ins Alter, weil den jungen Leuten die wirtschaftliche Sicherheit für eine Familie fehlt; da ferner die Sterblichkeit immer mehr abnimmt, die Geburten immer weniger werden, verzieht sich der Aufbau der Bevölkerung immer mehr; es gibt immer mehr ältere Menschen und immer weniger junge. Da das eine Erscheinung des ganzen westlichen Europas ist, hört man in diesem Zusammenhangem soviel vom Rasenverfall und von der Gefahr der Ueberflügelung durch jüngere und unverbrauchtere Rassen.

Man verkent, daß im europäischen Kulturkreis ein großer Wendepunkt eingetreten ist. Auch Rußland und andere slavische Völker haben eine abnehmende Bevölkerungszahl oder jedenfalls eine nicht mehr so stark wie früher ansteigende Ziffer. Der Kapitalismus brauchte eine große Bevölkerungsmenge. 1822 hatte Deutschland nur 23 Millionen Einwohner, 1850 erst 40 Millionen. Aber immerhin konnte dieses ungeheure Wachstum nur durch den Kapitalismus ermöglicht werden.

Heute, wo der Sozialismus den Kapitalismus abzulösen beginnt, steht ein Stöcken in der Bevölkerungszunahme ein. Der Sozialismus, der ja ein Wirtschaftssystem aufbauen will, in dem der arbeitende Mensch der Gegenstand aller Fürsorge sein soll, kann auch in der Frage der Bevölkerungspolitik keine planlose Gestaltung dulden. Nur wenn es möglich sein wird, die Menschen menschenwürdig zu ernähren und zu erziehen, wird eine Politik getrieben werden können, die auf eine Volksvermehrung hinführt. Zur Zeit aber hieron reden zu wollen, muß als Verbrechen bezeichnet werden. Fünf Millionen Arbeitslose mit einem Familienanhang von 7 Millionen und außerdem die sonstigen 15 Millionen Menschen, die augenblicklich zwar Arbeit haben, aber bei neunstündiger Arbeitszeit einen mehr als knappen Lohn erhalten, im ganzen also ungefähr 30 Millionen Menschen, die in Deutschland schlecht ernährt, schlecht wohnen und schlecht gekleidet sind, bei solchen Verhältnissen kann es nur ein erfreuliches Zeichen sein, wenn die Geburtenziffern abnehmen.

Man wirft uns immer vor, daß wir die Freude am Kind bewußt untergraben. Das Gegenteil ist der Fall! Das Kind erscheint uns als die höchste Erfüllung des Geschlechtslebens. Erst das Kind abelt ein Liebesverhältnis. Aber sehen wir uns das Leben eines Durchschnittsproletariats an! Nur Sorge um den nötigsten Lebensunterhalt, Arbeit und wenig Lohn, lange Arbeitslosigkeit und wenig Unterstützung. Kann es da eine Freude am Leben, eine Freude an der Fortpflanzung geben? Erst müssen andere Lebensverhältnisse geschaffen werden, dann kann man über Freude am Gebären sprechen. Solange aber die Verhältnisse wie heute sind, muß man trotz Kirche, trotz der Rassenheger zum weiteren Geburtenstreik aufrufen.

„Der fliegende Mensch“

Das Problem des „fliegenden Menschen“ beschäftigte die Erfinder schon durch Jahrhunderte. Bereits im Altertum wurden Versuche mit allerdings ganz und gar unzulänglichen Mitteln unternommen, denen naturgemäß der Erfolg versagt blieb, so daß die Erfinder, die den Schanden hatten, auch für den Spott nicht zu sorgen brauchten. Interessanter schon sind die Voraussetzungen des englischen Scholastikers Roger Bacon (1214—1294), die freilich erst 1907 in vollem Umfang Erfüllung fanden. Bacon schreibt: „... man kann Instrumente erbauen, die zum Fliegen dienen. Ein in der Mitte des Apparates sitzender Mann kann mittels einer Kurbel zwei Flügel bewegen, die die Luft nach Art der Vögel treffen.“ — Auch der italienische Maler der Renaissance Leonardo da Vinci (1452—1519), der nicht allein in künstlerischer Hinsicht eine dominierende Rolle zu seiner Zeit spielte, sondern auch als Techniker und Baumeister größte Bedeutung hatte, beschäftigte sich in seinen Mädeln sehr viel mit naturwissenschaftlichen Fragen. In seinen nachgelassenen Schriften und Tagebüchern findet man genaue Zeichnungen von Flugapparaten, die er selbst in seiner Werkstatt gebaut hatte. Wenn auch ihm ein Erfolg nicht beschieden war, so sind seine Experimente dennoch außerordentlich interessant.

Die Erfolglosigkeit eines Bacon und Leonardo da Vinci will nichts sagen gegen ihre Kenntnisse und ihr Können. Man muß bedenken, daß die katholische Kirche allen derartigen Versuchen mit dem größten Mißtrauen gegenüberstand und jeden Versuch „zu fliegen“ als Zauberei und Hexerei verdammt. Hat doch auch Bacon jahrelang Zeit gehabt, im Kerker darüber nachzudenken, daß man nicht ungestraft seiner Zeit vorausseilen dürfe. Leonardo da Vinci war in dieser Hinsicht glücklicher; stand er auch jahrelang unter dem Verdacht, ein Hexer zu sein, so blieb er doch wenigstens vor dem Kerker bewahrt.

Aus den folgenden Jahrhunderten ist nicht allzuviel Interessantes über die Fortschritte aviatischer Versuche bekannt. Wo diese angestellt wurden, blieben sie der breiten Masse unbekannt. Erst im Jahre 1781 beschäftigte sich die Öffentlichkeit wieder mit aviatischen Problemen, und zwar als der bekannte französische Astronom La-Fontaine (1732—1807), Mitglied der Akademie, in einem ausführlichen Gutachten nachzuweisen suchte, „daß es absolut unmöglich sei, daß ein Mensch sich erheben oder sich in der Luft in der Schwebe zu halten vermöge. Ebenso unausdenkbar sei es, sich durch Flügelschlag oder einen anderen Mechanismus zu erheben, wie auch mittels der speziellischen Schwere luftleerer Körper aufzusteigen.“ Zwei Jahre später, 1783, bewiesen die Papierfabrikanten Joseph Michel Mongolfier (1740—1810) und Jacques Etienne Mongolfier (1745—1799), daß diese Behauptung falsch war: sie erfanden den ersten Luftballon. Nun war die Möglichkeit, sich mittels des speziellischen Gewichtes luftleerer Körper in die Luft emporzuheben, nicht mehr abzuleugnen; die Möglichkeit, mittels eines Mechanismus aufzusteigen, wurde aber nach wie vor negiert. Als jedenfalls der Preussische Staat im Jahre 1872 zur Prüfung aeronautischer Fragen eine Kommission einberief, äußerte sich der berühmte Helmholtz dahingehend, er halte es für völlig unmöglich, daß jemals ein Mensch durch einen noch so geschickt konstruierten flügelähnlichen Mechanismus, den er durch seine eigene Kraft zu bewegen hätte, sein eigenes durch die Maschine stark vergrößertes Gewicht in die Höhe heben und sich längere oder kürzere Zeit in der Schwebe halten könne. Kraft seiner Autorität fügte er mit dieser Ansicht den aviatischen Bestrebungen seiner Zeit einen schweren Schlag zu. — Erst um die Jahrhundertwende waren den aeronautischen Experimenten Erfolge beschieden, und mit Riesenschritten näherten wir uns dem Zustand, den wir heute fast als Vollendung betrachten. Lilienthal, Wright und andere wiesen die Wege, Kumpfer, Götter und Junkers erreichten das seit Jahrhunderten angestrebte Ziel.

Der Weiterentwicklung der Luftschiffe gab die Erfindung der Brüder Mongolfier Raum. Es folgte das erste lenkbare Luftschiff; ein erfolgreicher, wenn auch leider gänzlich in Vergessenheit geratener Versuch eines armen römischen Schusters, der im Palazzo Aldobrandini wohnte. Der Apparat bestand aus zwei Teilen, deren einer den Ballon in horizontaler Lage halten, während der andere der Steuerung dienen sollte. Dann versuchten sich mit mehr oder weniger praktischem Erfolge Major Groß und Major von Parserval an der Materie; jedoch erst dem Grafen Zeppelin gelang es, nach schweren Mißerfolgen im Jahre 1908 ein allen Ansprüchen genügendes Luftschiff zu erbauen.

Das unmöglich Geglaupte ist möglich geworden, das Problem des fliegenden Menschen ist gelöst. Vor 10 bis 12 Jahren noch hätte man die Behauptung, daß eine Ueberquerung des Ozeans im Flugzeug oder Luftschiff möglich sei, in das Reich der Fabel verwiesen. Beides ist gelungen. Und unwillkürlich erinnert man sich, daß zu der Zeit, als Stephenson seine ersten Lokomotiven propagierte, gelehrte Männer behaupteten, es wäre ebenso unmöglich, zwölf englische Meilen pro Stunde zurückzulegen, wie es auch einem mit einer Dampfmaschine ausgerüsteten Schiffe niemals möglich sei, den Atlantischen Ozean zu durchkreuzen. Sind wir nun aber am Ziel? Was wissen wir, wußten uns die Vervollkommnung der Technik noch führen wird. Also sprechen wir mit Henry Ford: „Ich weigere mich absolut, irgend etwas für unmöglich zu halten.“

R. C. R.

Ein rheinisches Mädchen...

In der Friedrichstraße in Berlin drückt uns spät abends, als wir zum Bahnhof gehen, ein blasser junger Mensch eine grüne Karte in die Hand: „Rheinische Mädchen bei rheinischem Wein“ wurden uns da von einem geschäftstüchtigen Unternehmer offeriert, von einer jener Vergnügungsfstätten, die ihren Gästen sauren Wein und Mädchenfleisch anbieten.

Ein junges Mädchen setzte sich zu uns an den Tisch. „Tischdame“ sagt man im Jargon dieser Vergnügungsindustrie. Im Gegensatz zu ihren Kolleginnen einfach und sauber angezogen. Lange konnte sie noch nicht hier sein; denn sie hatte ihre Aufgabe sicher noch nicht begriffen. Sie stand dem ganzen Leben und Treiben mit so rührender Einfalt gegenüber, wie man sie sonst nicht findet...

Achtzehn Jahre sei sie alt, erzählte sie uns. Und in Köln aufgewachsen. Habe das Lyzeum besucht. Dann sei ihr Vater gestorben. Sie habe einen Beruf ergreifen müssen und sei Serviermädchen in einem Lokal geworden, weil sie da keine lange Lehrzeit durchmachen mußte. Sei arbeitslos geworden. Und um ihre Familie zu entlasten, sei sie nach Berlin gekommen. Hier hätte sie zunächst auch als Serviermädchen in einem Lokal gearbeitet, sei dann wieder arbeitslos geworden und hätte nun hier auf ein Zeitungsinserat eine Stellung als Tischdame gefunden.

Wir laden sie zu einer Tasse Kaffee ein. Sie lehnt ab. Bittet um eine Flasche Mineralwasser. Sie trinkt bis spät in die Nacht Bier und Wein... Ob sie denn wenigstens — solange sie hier sei — beschäftigt werde? — Nein, alles, was sie verzehre, müsse sie voll bezahlen, natürlich außer dem, was die „Herren“ für sie bestellten. Für jede Nacht, die sie hier sei, bekomme sie aber drei Mark!

Drei Mark für jede Nacht! Das sind bei sieben Tagen in der Woche einundzwanzig Mark! Davon ist die Miete zu zahlen, davon muß sie sich gut kleiden, davon muß sie essen und trinken, davon muß sie die vielen kleinen Bedürfnisse befriedigen, die ihr „Beruf“ von ihr verlangt! Ein einfaches Rechenexempel beweist, daß das auf die Dauer unmöglich ist und daß das Mädel schließlich zu irgendwelchen andern Mitteln greifen muß, um sein „Einkommen“ zu erhöhen. Entweder, es muß sich prostituieren, oder es muß sich durch Betrug, Diebstahl oder Unterschlagung Geld beschaffen, oder ??? — Ja, es bleibt ihr nichts weiter übrig, als einen dieser beiden Wege zu gehen; denn wer als „Tischdame“ gearbeitet hat, findet so leicht keinen Unterschluß mehr in einem anderen Beruf!

Das Mädel ahnte sicher nicht, auf welchem Wege es war. Und ich konnte ihm diese Entwürdigung, die sein Leben nehmen mußte, auch nicht sagen! Ich konnte es einfach nicht! Vielleicht hätte ich noch alles zum Guten wenden lassen, wenn der verfluchte Alkohol nicht wäre, dem es in seinem Berufe nicht ausweichen kann und der seinen Widerstand bald brechen wird, körperlich und seelisch. Dann ist es auch um dieses Mädel geschehen!

Daran muß ich immer denken, wenn ich jenes trübsinnig-verlogene Lied vom „rheinischen Mädel beim rheinischem Wein“ höre...

Was nicht jeder weiß

Autohochstraße in Neuyork
In Neuyork entfährt gegenwärtig die erste Autohochstraße, die etwa 15 Meilen am Hudson River entlangführt und 5 Meter über dem Straßenniveau liegt. Sie dient dem Auto Schnellverkehr. Ein Teil der Straße ist bereits vollendet und dem Verkehr übergeben. In Abständen von je einer halben Meile führen Rampen auf die Hochstraße, um den Zugang auch mitten an der Straße möglich zu machen. Sobald die Straße vollendet ist, soll über ihre beiden mittelsten Fahrbahnen eine noch weiter erhöhte Straße errichtet werden, die ausschließlich dem Durchgangsverkehr dient und auf der deshalb größte Geschwindigkeiten zulässig sein sollen. Die Gesamtkosten dieses Projektes betragen etwa 53 Mill. Dollar!

Strassenstaub und Lungentrebs
In letzter Zeit haben die Fälle von Lungentrebs erheblich zugenommen. Untersuchungen über die Ursache dieser Zunahme führten zu dem Ergebnis, daß die Teerung der Straßen, die immer größeren Umfang annimmt und die den Zweck hat, den Straßensaub zu binden, Schuld an der Zunahme des Lungentrebses hat. Daß Teer Krebs erzeugt, ist durch die Erfahrungen bei Teerarbeitern und durch wissenschaftliche Versuche lange erwiesen. Da der auf den Teerstraßen entstehende Staub — der sich eben trotz der Teerung nicht ganz verhindern läßt — auch Teerpartikeln enthält, die durch die Atmungsorgane in die Lunge dringen und sich hier festsetzen, ist die Feststellung, daß daraus die Zunahme des Lungentrebses zurückzuführen sei, durchaus wahrscheinlich.

Der Asphalt-Teppich
Unsere Straßendecken nützen sich durch den zunehmenden Verkehr immer schneller ab, und es ist deshalb durchaus notwendig, daß Versuche unternommen werden, die Lebensdauer der Straßendecken zu verlängern. Ein Experiment, das jetzt seit etwa drei Jahren im Staate Südarizona (USA) angestellt wurde, wird jetzt auch in Deutschland, und zwar bei der württembergischen Stadt Kedarjalm erprobt: Die gut gereinigte und unschadhafte Straße wird mit einer Schicht heißflüssigen Asphalts dünn überzogen, dann in der Fahrtrichtung Zutebahnen in die klebrige Masse gedrückt und über das ganze wieder eine Schicht dünnflüssigen Asphalts aufgetragen. Dieser Asphaltstreifen, der die ganze Straßbreite überpannt, soll die Elastizität des Asphalts erhöhen, sein Ausbröckeln verhindern und die ganze Asphaltdecke erschütternden Fahrzeuglasten abdämpfen, gewissermaßen also wie ein Teppich wirken. In den Vereinigten Staaten hat man damit recht gute Erfahrungen gemacht.

Altenglische Volksbräuche
Auch in England haben sich — wie in Deutschland — verschiedene alte Volksbräuche, deren Ursprung meist unbekannt ist, durch die Jahrhunderte bis in unsere Zeit gehalten. Am 1. Mai wird im ganzen Lande die Maiförmigkeit gefeiert; am 8. Mai hat man in der englischen Grafschaft Cornwall den Furry-Tanz, bei dem die gesamte Dorfgemeinde tanzend durch die Dorfhäuser zieht; Mitte Mai begeht man in der Grafschaft Derbyshire eine als Well-dressing bezeichnete Sitte, bei der man die Dorfbrunnen mit Blumen schmückt; im Juni findet in Südschottland das Marktreiten statt, das ist eine herkömmliche Prozession um die Dorfgrenzen; es folgt dann Mitte Juni die auch bei uns gefeierte Sonnenwende; Anfang Juli erlebt man auf der Insel Man die sogenannte Inwald-Jeremerie, der einzige Ueberrest eines englischen Freiluft-Parlamentes; als letztes sei der Guy-Fates-Tag genannt, die Erinnerung an das Pulverattentat auf das englische Parlament im Jahre 1605, der am 5. Nov. in ganz England festlich begangen wird.

Vom Motorrad
Die prozentual höchste Steigerung der Zahl der Motorräder haben im letzten Jahre nicht etwa die Vereinigten Staaten oder ein anderes Land mit ausgeprägter Industrie gehabt, sondern zwei Länder, von denen man es am allerwenigsten annimmt: die Republik Liberia und Aboestien. Liberia konnte eine Steigerung von 85 Prozent und Aboestien eine solche von 82,6 Prozent gegenüber dem vorjährigen Bestand verzeichnen. — In einigen anderen Ländern dagegen ist der Bestand an Motorrädern wesentlich zurückgegangen, so in Nicaragua, in Peru, in Sim, in den Straits Settlements und auf Neuseeland. Teilweise mag das besonders bei den südamerikanischen Ländern — auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen sein; teilweise hat aber auch das amerikanische Kleinauto das Motorrad vielfach verdrängt.

Welthäfen ohne Meer
Es wird wenig bekannt sein, daß eine Reihe der bedeutendsten Welthäfen gar nicht am Meere liegen, sondern weite Strecken landeinwärts an Flüssen oder Kanälen. Den Rekord dürfte wohl die amerikanische Hafenstadt Baltimore erreichen, die 150 Seemeilen vom offenen Meere entfernt am Chesapeake-Bay liegt. In einiger Entfernung folgt New Orleans, 96 Seemeilen von der Mündung des Mississippi gelegen. Philadelphia liegt 80 Seemeilen vom Meere entfernt am Delaware, Antwerpen liegt weit vom Meere an der Schelde, London 60 Seemeilen an der Themse, Hamburg 50 Seemeilen an der Elbe und Neuyork 25 Seemeilen an einem künstlich geschaffenen Kanal. Auch Bremen, Liverpool und Boston liegen nicht direkt am Meere.

Die Camden-Brücke
Die größte Hängebrücke der Welt ist die Camden-Brücke über den Hafen von Philadelphia. Die Gesamtlänge der Brücke mißt beinahe 3500 Meter, ihre größte Spannung mißt 533 Meter zwischen zwei 117 Meter hohen Türmen, die die freischwebende Brücke tragen. Die Brücke ist 38,45 Meter breit. Sie ist eingeteilt in vier Fußgänger- und 6 Fahrzeugbahnen. Die Gesamtkosten für die Brücke betragen 37 296 971,51 Dollar, das sind 146½ Millionen Mark. Die Brücke wurde erst 1926 dem Verkehr übergeben.

Unsere Kartoffeln
Eine mittlere Ernte in Deutschland bringt etwa 40 Millionen Tonnen (800 Millionen Zentner) Kartoffeln. Es ist interessant, einmal zu erfahren, wie diese Menge verwendet wird. Ein großer Teil, 38,50 Prozent oder 308 Millionen Zentner, werden verfüttert, 30,50 Prozent oder 244 Millionen Zentner dienen als Speisekartoffeln, 14 Prozent oder 112 Millionen Zentner finden als Pflanzkartoffeln Verwendung, 10 Prozent oder 80 Millionen Zentner sind sogenannter Schwund, 3,75 Prozent oder 30 Millionen Zentner wandern in die Branntweinbrennereien, je 1,5 Prozent dienen zur Stärkefabrikation und zum Trodren (Kartoffelflocken), das sind zusammen 24 Millionen Zentner, und 0,25 Prozent oder 2 Millionen Zentner werden ausgeführt. Interesse wird ferner die Tatsache finden, daß 6 Millionen Zentner jährlich aus dem Auslande importiert werden.

Die Gräber auf dem Totenberg
In der Gemarlung Frixow im Kreise Cammin in Pommern liegt ein Hügel, der seit unendlichen Zeiten den Namen Totenberg führt. Niemand wußte, welchen Ursprunges dieser Name war. Erst vor etwa einem Jahre stießen Bauern beim Pflügen auf große Steine, die die Weiterarbeit unmöglich machten, und die dazu veranlaßten, daß Sachverständige für Altortümer den Hügel untersuchten und dabei auf sogenannte Steinkreisgräber stießen, die nach den dabei gefundenen Resten von Tongefäßen um das Jahr 500 v. Chr. entstanden sein müssen. Wahrscheinlich ist der Name Totenberg für den Hügel, auf dem jetzt die Gräber gefunden wurden, eine im Volksmunde erhalten gebliebene Ueberlieferung aus jener alten Zeit.